

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zufendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Stich der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

## Unser Pfingsten

Nun blühen Wald und Heide ...  
Es trägt ihr Pfingstgewand  
Die Birke: Silberseide,  
Und Düste haucht das Land.  
Die weißen Blumensterne  
Hüllt gülden Leuchten ein.  
Um Nähe und um Ferne  
Spinnt Sommersonnenschein.

Ein Klingen und ein Singen  
Durchjauchzt, durchbraust die Welt:  
Die letzten Knospen springen,  
Die letzte Hülle fällt.  
Licht quillt in alle Herzen,  
Licht dringt in jedes Haus  
Und treibt die letzten Schmerzen  
Des kalten Winters aus.

Schaut um euch: Es will tagen!  
Den Sieg errang das Licht!  
Wer will da feig verzagen,  
Daß nie die Kette bricht —  
Die Kette, die wir schleifen  
An Fuß und Hals und Hand?  
Auch unsre Frucht wird reifen  
Im Zukunftssonnenbrand.

In Blüte steht das Hoffen,  
Das unsre Herzen schwellt;  
Der steile Weg liegt offen  
In unsre Zukunftswelt!  
Wir pilgern ihn — mag Tücke  
Ihn sperr'n auch und Verrat!  
Rühn heben wir die Blicke:  
Auch unser Pfingsten naht!

Rauh ist und felsumschlossen.  
Der Pfad, der aufwärts weist;  
Doch uns ward ausgegossen  
Ein neuer, heil'ger Geist.  
Eng schloß er seine Bande  
Und rief uns in den Krieg:  
Arbeiter aller Lande,  
Harrt aus! euch winkt der Sieg!

Und wie jetzt Wald und Heide  
Blüht rings im Sonnenschein,  
So soll voll Glanz und Freude  
Auch unsre Zukunft sein!  
Ein Klingen und ein Singen  
Mit jedem Herzensschlag  
Soll alle Welt durchdringen  
An unserm Pfingstentag!

Ludwig Wesen.

### Die Verhältnisse im Berliner Baugewerbe.

Der soeben erschienene zweite Teil des Jahresberichts der Handelskammer zu Berlin für 1908 behandelt die wirtschaftliche Lage. Zum ersten Male wird darin das Baugewerbe mit einer Ausarbeitung berücksichtigt unter Bezugnahme auf die Verhältnisse in vergangenen Jahren. Zunächst werden Mitteilungen über den Hochbau gemacht. Es heißt da:

„In der elfjährigen Periode wirtschaftlichen Aufstiegs im Baugewerbe seit dem Jahre 1896, die nur durch die vom Baugewerbe schnell überwindene Krise 1901/02 eine Unterbrechung erfuhr, wurden alljährlich mehr Arbeitskräfte in den Dienst des Berliner Hochbaus und seiner Hilfs-gewerbe gezogen; in dieser Zeit sind in Groß-Berlin von den der Sektion I der Nordöstlichen Bauvereins-Berufsgenossenschaft angehörenden Betriebsunternehmern an die der Unfallversicherung unterstehenden Personen an Arbeits-löhnen rund 948 1/2 Millionen Mark gezahlt worden. Während 1896 in den baugewerblichen Betrieben 55 022 gegen Unfall versicherte Personen beschäftigt waren, belief sich deren Anzahl im Jahre 1908 auf 116 655.“

Wir meinen, daß mit Erwähnung der Summen der gezahlten Arbeitslöhne allein nicht viel gebient ist. Der Bericht mißt neben diese Summen die Summen der von den Arbeitern geschaffenen Bauwerte stellen. Zahlen dieser Art gewinnen nur dann vollen Wert, wenn sie zur Vergleichung dienen.

Seit 1906 ist ein erheblicher Rückgang eingetreten. Eine beigefügte Tabelle veranschaulicht die Bewegung des Arbeiterhandes im Groß-Berliner Baugewerbe von 1894 bis 1908. Im ersten Jahre belief sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf etwas über 50 000 und die Summe der gezahlten Löhne auf rund 55 Millionen Mark. Die Arbeiterzahl stieg bis zum Jahre 1900 auf rund 72 000 mit etwa 78 Millionen Mark gezahlter Löhne. Sie sank dann im Krisen-jahre 1901 auf etwa 65 000 mit 69 Millionen Mark gezahlter Löhne. Im beständigen Aufsteigen erreichte die Arbeiterzahl von 1902 ab bis 1906 die Höhe von nahezu 117 000, für die 147 Millionen Mark gezahlter Löhne in Anrechnung kamen. Von 1906 bis 1908 sank die Arbeiterzahl auf 91 000 und die Summe der gezahlten Löhne auf 117 Millionen. Daß an dem Zuwachs der Bevölkerung Berlins während der letzten Jahrzehnte das Baugewerbe in hohem Maße beteiligt gewesen ist, steht außer Zweifel. Die Vermehrung dieser Bevölkerung vollzieht sich in höherem Maße, als durch den Geburtenüberschuß, durch Zuwanderung aus der Provinz. Der Bericht führt dazu aus:

„Die männliche landflüchtige Bevölkerung, die an schwere Arbeit gewöhnt ist, strebt insbesondere nach der Tätigkeit im Baugewerbe, da sie sich leicht in die Schicht- und Kragerarbeit hineinfindet. Die hohen Löhne, die auch die unqualifizierten Arbeiter des Baugewerbes erzielen, nämlich von einem Stundenlohn von 50 p. an bis zu Vorkursen von mehr als 80 in der Woche, beforderten den Zuzug. War doch während der Hochkonjunktur die Nachfrage nach Arbeitskräften so groß, daß auch der schwächste Arbeiter als Bauarbeiter zu einem Wochenlohn von 18 bis 21 Stellung fand, oder im Steinmetz- oder Straßenspaltungsbetriebe bei leichtester Arbeit mit einem Mindeststundenlohn von 35 p. beschäftigt wurde. Die Durchschnittslöhne aller im Berliner Baugewerbe beschäftigten Personen, vollmerige qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter, minderwertige Arbeitskräfte, Rentempfänger, weibliche und jugendliche Personen zusammengefaßt, betragen im Jahre 1896 täglich: M. 4,27, im Jahre 1907: M. 5,73. Die Stundenlöhne vollwertiger Arbeiter betragen in dem Berichtsjahr 75 p. für Maurer und Zimmerer, 50 p. für gewöhnliche Bauarbeiter, nachdem sie in der tariflosen Zeit (vom 1. April 1907 bis zum 1. Mai 1908), infolge reichen Angebots von Arbeitskräften zu geringeren Sätzen, um etwa 10 bis 15 p. für die Arbeits-tunde gewichen waren.“

Wir glauben am besten zu tun, die Untersuchung, betreffend die Richtigkeit dieser Angaben des Berichtes, der Berliner Kollegenschaft anheimzustellen.

Zum Beweis dafür, daß die durch die allgemeine wirtschaftliche Hemmung hervorgerufene Einschränkung der Produktion im Jahre 1908 verminderte Arbeitsgelegenheit gebracht hat, bezieht sich der Bericht auf das Ergebnis der am 17. November 1908 vorgenommenen Arbeitslosenzählung, bei der in Berlin und 77 Vororten zusammen 40 212 Arbeitslose, darunter 13 664 aus dem Baugewerbe, festgestellt wurden. Danach war die Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin also zu etwa einem Drittel auf die schlechte Konjunktur im Baugewerbe zurückzuführen, denn von den Arbeitslosen waren im Baugewerbe beschäftigt gewesen: in Berlin: 31,41 pSt., Charlottenburg 46,46 pSt., Schöneberg 47,07 pSt., Nitzdorf 40,19 pSt., Wilmersdorf 51,80 pSt. und in Nichtenberg 39,29 pSt.

Der Bericht hebt hervor, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe namentlich die höher gelohnten qualifizierten Arbeiter betraf, denen naturgemäß der Uebergang zu einem andern Erwerb schwerer ist,

als dem ungelerten Handarbeiter“. So waren unter den baugewerblichen Arbeitslosen der Stadt Berlin 5381 qualifizierte und 3057 unqualifizierte Arbeiter. Für Nitzdorf kamen neben 868 qualifizierten 528 unqualifizierte Arbeiter in Betracht.

Es bleibt zu berücksichtigen, daß die amtliche Arbeitslosenzählung am 17. November 1908 unvollständig war. Ihr Ergebnis blieb hinter der wirklichen Zahl der Arbeitslosen erheblich zurück. Die im Februar 1909 von den Gewerkschaften in Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei veranstaltete gründlichere Erhebung brachte die Zahl von über 103 000 Arbeitslosen.

Als Material zur Beurteilung der Lage im Baugewerbe, nimmt der Bericht auch die Unfallstatistik in Betracht, deren Kurve erfahrungsgemäß der Kurve des Beschäftigungsgrades entspricht. Eine beigefugte graphische Darstellung läßt das erkennen. Der Bericht bemerkt:

„Im Jahre 1907 hatte die Geldknappheit nicht verhindert, daß nach dem durch die Jahreszeit bedingten Tiefstand im Januar die Beschäftigung sich bis zum April hin schnell hob, in den darauf folgenden Monaten der Kämpfe zwischen Arbeitgeber und -nehmern sank sie; ihr Ansteigen in den Monaten nach der Aufhebung des Streiks im August 1907, ihr Tiefstand in den Wintermonaten und ihr kurzer Wstieig im Frühjahr 1908, wo die Entschärfung über Krieg oder Frieden im Baugewerbe Deutschlands herannaht, zeigt, wie weit die Produktion des Berliner Baugewerbes von der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern abhängig ist.“

Ganz ohne Zweifel besteht eine solche Abhängigkeit, und zwar nicht nur in Berlin. Das Unternehmertum sollte daraus lernen, auf dem Wege ehrlicher Verständigung mit der Arbeiterschaft die Kämpfe zu vermeiden.

Der Beschäftigungsgrad des Berliner Baugewerbes hatte im Januar 1908 seinen Tiefstand seit Ende 1902 erreicht und blieb das ganze Jahr hindurch wenig lebhaft. Die Zahl der Baugesuche, die sich im Jahre 1902 auf 6603 belief, stieg bis 1905 auf 9207 und sank dann bis 1908 auf 7621. Neubauten wurden errichtet: im Jahre 1902 2398, 1905 3269, 1908 1720.

Ueber den für das Baugewerbe wichtigen Grundstücks- und Hypothekenverkehr macht der Bericht folgende Mitteilungen:

„Das Geschäft stand unter dem nachteiligen Einfluß der Geldknappheit. Die Umsätze im Grundstücksverkehr in Groß-Berlin gingen erheblich zurück, die Solvenz der Bauunternehmer hat stark gelitten und die Zahl der Subhastationen ist gegen das Vorjahr erhöht. Die Einwirkung dieser Verhältnisse auf die Bautätigkeit wird dadurch gekennzeichnet, daß die Zahl der erstellten Baugesuche laut untenstehender Tabelle in der Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1908 in Groß-Berlin um rund 30 pSt. gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Viele Bauunternehmer konnten in Anbetracht der hohen Zins- und Professionsbedingungen der Selbstgeber bei neuen Unternehmungen unmöglich ihre Rechnung finden und verzichteten deshalb auf weitere Tätigkeit. Soweit sie, von besonderen Fällen abgesehen, dennoch Bauten ausführen, mußten sie große Opfer bringen, die ihre Lage sehr schwächten. Erst gegen Jahreschluß hat sich mit der Besserung auf dem Hypothetenmarkt auch im Terrain- und Baustoffhandel ein Aufschwung vollzogen, so daß wieder mehrfache Abschlüsse zustande kamen. Ebenso wurde bei den verschiedenen Terranzgesellschaften die Nachfrage nach Baublock und Einzelparzellen reger.“

Und weiter sagt der Bericht:

„Die Bautätigkeit hatte 1908 insbesondere unter der Schwere des Geldmarktes und unter der Ueberproduktion, die zurzeit der Hochkonjunktur stattgefunden hatte, zu leiden. Viele Wohnungen und Geschäftslote waren unermietet, namentlich die Privatbautätigkeit hielt sich deshalb in engen Grenzen. Die vorhandenen Aufträge wurden bei der zahlreichen Konkurrenz zu gedrückt Preisen vergeben. In Berlin machte die Ausbildung der Immobilien zu einem reinen Geschäftsbiel weitere Fortschritte, in den ferneren Vororten war die Privatbautätigkeit etwas umfangreicher, als in Berlin. An der Ausführung reichlicher beschiedener Aufträge war nur ein beschränkter Kreis von Unternehmern beteiligt.“

Nachstehend geben wir aus einer Tabelle die wichtigsten Einzelheiten über den Umsatz von bebauten und unbebauten Grundstücken und über die Bautätigkeit in Groß-Berlin:

Baufeine wurden ausgestellt 1907 4497, 1908 3269. Gebrauchsabnahmen erfolgten 1907 1997, 1908 1641. Der Gesamtumsatz betrug 1907 M. 1365 067 270, 1908 M. 793 186 623. Es betrug der Umsatz von bebauten Grundstücken 1907 3416, 1908 2516. Der Wert dieser Grundstücke betrug 1907 M. 848 273 000, 1908 M. 543 796 000.

Der Bericht erwähnt lebhafter Klagen über die Gefaltung des Submissionswesens. Es wurde der Zuschlag bei Unterbietungen erteilt, bei denen teils keine Erzielung von Reingewinnen, teils nicht einmal die Deckung der eignen Herstellungskosten zu erwarten war.

Die Materialienpreise waren, der allgemeinen Geschäftslage entsprechend, niedrig, soweit sie nicht Syndikate, wie bei Mörten, Eisen, Verbleibsteinen und Zement, auf der bisherigen Höhe hielten.

Ueber die Arbeitsverhältnisse sagt der Bericht, daß sie befriedigend waren:

„Die in dem Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten vereinigten Betriebsunternehmer haben sich im Anschluß an einen Schiedspruch vom 27. April 1908 verpflichtet, die oben genannten Löhne für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter während der Dauer des Vertrages — bis zum 31. Dezember 1910 — zu zahlen. Diese Sätze blieben in Kraft, trotzdem sich die Arbeiter zu niedrigeren Löhnen vielfach anboten. Die Lage des Arbeitsmarktes gestattete den Unternehmern, die besten Kräfte auszuwählen.“

Der Bericht läßt sich dann über Zement- und Betonbau u. a. dahin aus:

„Während im übrigen Reiche der Eisenbetonbau vielfach angewendet wird, und namentlich in Süddeutschland, Rheinland und Westfalen und auch im Königreich Sachsen die großen Hochbauten vielfach mit Decken, Balken und Stützen in Eisenbeton ausgeführt werden, sich auch im übrigen Norddeuschland der Eisenbeton mehr und mehr einführt, haben sich in Berlin nur wenige Architekten und Bauherren zu seiner Anwendung in größerem Maßstabe entschlossen. Auch das städtische Hochbauamt hat sich trotz seines umfangreichen Bauretats bisher nicht der Ausführung von Eisenbetonbauten zugewandt. Manche Bedenken, unter andern z. B., daß die Anwendung von Eisenbetonbau auch bei frostfreiem Wetter die Bauzeit verlängere, wodurch bei den teuren Preisen für Grund und Boden erhebliche Zinsverluste entstehen, werden durch die in Eisenbeton hergestellten Bauten widerlegt, unter denen z. B. der Speicher am Hafen des Kollowkanals in Tempelhofer zu nennen ist. Freilich eignet sich der Eisenbetonbau nicht für alle Zwecke, so für Räume, die einem gelegentlichen Umbau unterliegen. Ein solcher ist bei Betonbauten verhältnismäßig schwer auszuführen.“

Im Wohnhausbau werden die Massivdecken zwischen eisernen Trägern über Balken und für Balkone, Rüdgen und Bodestufen noch immer überwiegend mit den von der Ziegelindustrie gelieferten, billigen und recht guten Decksteinen hergestellt.“

Im Anschluß daran teilt der Bericht mit, daß sich behufs Regelung der Lohnfrage die namhaftesten Firmen auf diesem Gebiete neuerdings zu einem Verbands zusammengeschlossen haben, der auf dem Boden der Tarifverträge steht und Anschluß an das Kartell der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe Groß-Berlins genommen hat. „Nach dem bis zum 31. März 1910 gültigen mit den Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifvertrag getragen die Stundenlöhne für Zementierer und Flechter 72,5 p, für Einshaltung 62,5 p, für gewöhnliche Bauarbeiter 50 p und für Spezialarbeiter 55 p. Diese Sätze gelten nur für den Betonbau im Hochbau.“

Das Tiefbaugewerbe zählte nach dem Bericht im Handelskammerbezirk Berlin 1908 174 selbständige Unternehmer gegen 161 im Jahre 1907.

Daneben betreibt eine Anzahl von größeren Baufirmen Tiefbauarbeiten, selbst solche bedeutenden Umfangs im Nebenbetriebe; namentlich im Berichtsjahr bemühten sich wegen der Flaute des Hochbaugeschäftes auch viele mittlere Hochbaufirmen um Tiefbauarbeiten und traten mit den eigentlichen Tiefbauunternehmern in Wettbewerb.

In privatem Auftrage war, der Stille der Hochbautätigkeit entsprechend, wenig auszuführen, es wurden nur einige künstliche Fundamentierungen vorgenommen. Das Tiefbaugeschäfte ist indessen regelmäßig mehr auf öffentliche Aufträge angewiesen, deren 1908 viele vorlagen, so daß das Berichtsjahr nicht ungünstig genannt werden kann. Freilich bewirten das allgemein herrschende Verbindungssystem und die hohen Löhne eine erhebliche Schwächung des Verdienstes.“

Von besonderem Interesse ist folgende Stelle des Berichtes:

„Bei Bauausführungen in Berlin war das Angebot von inländischen Arbeitskräften sehr reichlich, trotzdem waren ausländische Arbeiter nicht zu entbehren wegen ihrer größeren Willigkeit, Arbeiten aller Art im Tiefbau auszuführen. Ihrer Einstellung wurden insbesondere, soweit es sich um die Beschäftigung ausländischer polnischer Arbeiter handelte, von der preussischen Regierung große Schwierigkeiten bereitet (1 ?), so daß stellenweise Mangel an geeigneten und beizum war. Die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern waren zufriedenstellend, freilich machte sich bei der deutschen Arbeitern eine starke Abneigung gegen die Einstellung von Ausländern geltend. Argendwie bedeutende Organisationen der Arbeiter fehlen. Die Arbeitgeber haben sich dem Verbands der Deutschen Tiefbauunternehmer zum sammengeschlossen, der auch versucht hat, durch Syndizierung die Preise zu beeinflussen.“

Der Bericht faßt mit diesen Ausführungen nicht hinwegzulaßenden über die Tatsache, daß das Unternehmertum die ausländischen Arbeiter deshalb bevorzugt, weil sie sich eine sehr viel stärkere Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und eine schlechtere Behandlung gefallen lassen, als die deutschen Arbeiter. Die starke Abneigung der letzteren richtet sich gegen die Ausländer berechtigtermaßen in Rücksicht darauf, daß die Ausländer zumest Lohnbrüder, Streikbrecher und Feinde der Organisation sind.“

### Das Jubiläum der Dreiklassen-schmach.

Am 30. Mai wird die preußische Dreiklassenschmach 60 Jahre alt. An diesem Tage hob vor 60 Jahren der König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., kurzgedacht das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auf und oktroyierte jenes Dreiklassensystem, das zwar Wismarschön vor vielen Jahrzehnten das elendeste aller Wahlsysteme genannt hat, das aber in seiner ganzen ungeheuerlichkeit noch heute besteht.

Das Dreiklassenwahlrecht verdankt seine Entstehung einem Gewaltstreich der Krone, einem nackten Verfassungsbruch. Unter dem Eindruck der Ereignisse des 18. März 1848 hatte der König von Preußen die preußische Nationalversammlung einberufen, die „Versammlung, zu dem Zwecke gewählt, eine Verfassung mit der Krone zu vereinbaren“. Aber so schwächlich auch diese konstituierende Versammlung auftrat, der feudalen Kamarilla, der „kleinen oder mächtigen Partei“ der Junker, an deren Spitze der Generaladjutant des Königs, von Gerlach, stand, war sie von Anbeginn ein Dorn im Auge. Als gar im Kampfe mit dieser staatsrechtserischen Kamarilla die Nationalversammlung im September 1848 den Beschluß faßte, daß die Offiziere den reaktionären Bestrebungen fern zu bleiben oder ihren Abschied zu nehmen hätten, holte die höfisch-junkerliche Kamarilla zum Schläge aus. Der Generalbrangel wurde Oberbefehlshaber in den Marken. Seine Vereinfachung zum Vorschläge faßte er in die Worte: „Die Truppen sind gut, die Schwärze ist geschliffen, die Kugeln im Lauf.“ Der am 2. November zum Minister des Innern ernannte Mann der Kamarilla, Graf Wandenburg, zögerte denn auch nicht lange. Zwar sandte die Nationalversammlung eine Deputation zum König, die ihm Vorstellungen wegen der reaktionären Umtriebe machen sollte, allein Friedrich Wilhelm IV., der ein paar Monate vorher noch vor jedem einzelnen Sarge der Berliner Revolutionskämpfer den Hut gezogen hatte, drehte der Deputation einfach den Rücken. Hatte er ihn Johann Jakob das Wort nach: „Das ist immer das Unglück der Könige gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.“ Allein dieser Bürgerstolz eines einzelnen vermochte das aus der Sorglosigkeit und Wahlschlappigkeit des Bürgerturns und seiner Vertreter erwachsene Verhängnis nicht mehr aufzuhalten. Wenige Tage später ließ Generalbrangel die Nationalversammlung mit den Deputierten auseinander-treiben, nachdem er vorher die Bürgerwehr entwaffnet hatte.

Friedrich Wilhelm IV. aber oktroyierte eigenmächtig eine neue Verfassung und am 6. Dezember ein neues Wahlrecht. Dies neue Wahlrecht raubte zwar 700 000 Bürgern ihre Rechte, erschien aber bald der Reaktion noch allzu liberal, so daß es am 30. Mai 1849 durch das famose Dreiklassensystem ersetzt wurde.

Wenn die preußische, die deutsche Arbeiterklasse des Jubiläums der Dreiklassenschmach gedenkt, so geschieht das mit dem festen Entschluß, das Volk endlich, von dieser Kulturschmach zu befreien. Denn so wenig das liberale Bürgerturn in den 60 Jahren gelernt hat, eine so gewaltige Änderung hat sich doch in breiten proletarischen Volksmassen vollzogen. Die Arbeiterklasse ist zum politischen Denken, zum politischen Selbstbewußtsein erwacht und fordert mit allem Nachdruck den ihr gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung auch des preußischen Staates.

Welche Bedeutung das preußische Abgeordnetenhaus für die arbeitende Klasse besitzt, ergibt sich schon aus einem flüchtigen Blick auf die gesetzgebenden Funktionen, die ihm vorbehalten sind. Da handelt es sich beispielsweise um das wichtigste Verkehrsamt, die Eisenbahnen. Die Eisenbahnpolitik, überhaupt die ganze Verkehrspolitik, wird im preußischen Landtag gemacht. Das Schicksal der riesigen Armee der preußischen Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter ruht in den Händen der preußischen Gesetzgebungs-körper, des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses. Die Zahl der preußischen Eisenbahnbeamten beträgt allein 180 000, und nach Hunderttausenden zählen auch die Eisenbahnarbeiter. Die Zahl der preußischen Staatsbeamten und Arbeiter überhaupt beläuft sich auf weit über dreihundert Millionen.

Nicht nur die Staatsarbeiter, sondern auch die Staats-beamten sind zum größten Teil Proletarier. Sich dieser Proletarier mit aller Energie anzunehmen, ist die Pflicht der proletarischen Klassenbewegung. Die kleine sozialdemokratische Fraktion ist denn auch in der verflochtenen Session eifrig bemüht gewesen, die Interessen der Staats-proletarier zu wahren. Gelegenheit dazu bot ja das Beamtenbesoldungsgesetz. Freilich ist es unsern Genossen trotz aller Bemühungen nicht gelungen, für die schlecht bezahlten Unterbeamten eine angemessene Gehaltserhöhung durchzusetzen. Die elender Gehälter der Unterbeamten wurden um kaum 20 pSt. aufgebessert, während man die Gehälter der Schulleute, Gendarmen, Förster und mancher höheren Beamtenkategorie um 30 bis 40 pSt. erhöht hat. Regierung und bürgerliche Parteien lehnten die sozialdemokratischen Anträge mit der faulen Ausrede ab, daß

kein Geld dafür da sei. Es war aber Geld genug da, um für die Gehaltsaufbesserung der Geistlichen und für Schaffung neuer Pfarrstellen 13 1/2 Millionen jährlicher Mehrausgaben zu bewilligen! Und das, trotzdem von sozialdemokratischer Seite ziffernmäßig nachgewiesen worden war, daß die Kirche keinen höheren Staatszuschuß gebrauche, da viele Geistliche, sogar in den kleinsten Pfarren, Pfärend-einkommen von 4 000, 7 000, 8 000, ja 10 000 und mehr beziehen, man diese durch nichts begründeten Mies-einkommen also nur zu beschneiden brauchte, um den schlechter gestellten Geistlichen jede Gehaltszulage gewähren zu können.

Also skrupelloseste Geldverschwendung auf der einen und jämmerliche Unterbeamtengedächter auf der anderen Seite! Und ebenso rückwärtslos wie der Staat seine Unter-beamten ausbeutet, beutet er auch seine Arbeiter aus. Daß diese Arbeiter bei der Besoldungsreform völlig leer ausgegangen sind, versteht sich ja in Preußen von selbst. Das Drängen der Sozialdemokratie, doch zugleich mit der Be-amtenbesoldung auch eine Aufbesserung der Löhne der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter vorzunehmen, wurde von der Regierung und sämtlichen Parteien unter dem Vorwand abgewiesen, daß ja die Arbeitslöhne ohnehin ausreißend gestiegen seien, und daß vollends in der Zeit der Krise von Lohnzulagen keine Rede sein könne.

Wie sich diejenige der bürgerlichen Parteien, die ganz besonders mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit renommiert, das Zentrum, der Interessen der Arbeiter annimmt, dafür ist ein Fall besonders bezeichnend. Der Vertreter der Sozialdemokratie hatte bei einer besonders schlecht entlohn-ten Schicht fiskalischer Bergarbeiter eine Lohnzulage von 30 pSt. gefordert. Da schickte das Zentrum den famosen Arbeiter-vertreter Brust vor, der die Regierung aufforderte, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen!

Aber nicht nur, daß der Staat seine Beamten und Arbeiter ungenügend entlohnt und durch überlange Arbeitszeit ausbeutet — die Betriebsüberhältnisse, namentlich der Eisenbahnen bilden ja einen wichtigen Einnahmeposten im Staatsbudget, der nicht verringert werden darf, damit die bestehende Klasse nicht allzu viel Steuern zu zahlen braucht — der preußische Staat glaubt seine Beamten und Arbeiter auch der staatsbürgerlichen Rechte berauben zu können. Haben doch auch in der letzten Session wieder die Minister erklärt, daß die Beamten nicht das freie Wahlrecht be-lassen, sich nicht zur sozialdemokratischen Partei bekennen dürften. Ja, nicht nur die politischen Rechte wagt man den Beamten und Arbeitern des Staates einfach abzuspüren, sondern man will nicht einmal dulden, daß sie sich modernen Ge-werkschaftsorganisationen anschließen können! Und keine einzige der bürgerlichen Parteien hat diesen unerhörten, verfassungswidrigen Terror der Regierung gebrandmarkt.

Aber es sind nicht nur die Interessen der Staatsarbei-ter, die im preußischen Dreiklassenparlament von den Ver-tretern des Großhads mit Füßen getreten werden, sondern die Interessen der Arbeiterklasse überhaupt. Das bewiesen, kraftig die Verhandlungen über das neue Vergesetz. Das furchtbare Grubenunglück in Raddob, wobei mehrere hundert Grubenproletarier ein feuriges Grab in den Tiefen der Erde fanden, hat die Regierung endlich gezwungen, wenigstens etwas zur Beschwichtigung der erbitterten Berg-arbeiter zu tun. Um, wie sich der preußische Handels-minister ausdrückte, „die Seelen der Bergarbeiter zurück zu gewinnen“, soll das neue Vergesetz die Einrichtung von Sicherheitsmännern schaffen, die von den Arbeitern gewählt werden. Der letzte Bergarbeiterkongreß, der in Berlin tagte und an dem auch die Vertreter der Hirsch-Dunkerischen und polnischen Organisationen teilnahmen, hatte ebenfalls Arbeiterkontrolleure gefordert, aber solche, die unabhängig und vom Staate zu besolden wären, während nach dem neuen Vergesetz sie als Arbeiter im Betrieb bleiben sollen. So schneht über den Hauptern der Sicherheitsmänner jederzeit das Damoklesschwert der Maßregel, so daß der von den Arbeitern gewollte Zweck, die Gruben einer wirklichen Kontrolle unterworfen zu sehen, nicht erreicht wird. Die Regierung hat sich den Wünschen der geliebten Grubenherren wieder einmal gefügt. Aber auch das Zentrum hat wieder einmal die Interessen der Arbeiter verraten, indem es die Forderung der Be-soldung der Sicherheitsmänner durch den Staat, also die Schaffung unabhängiger Vertrauensleute der Arbeiter, gleichfalls ablehnte.

Und ebensowenig, wie man den Forderungen der Berg-arbeiter willfahrte, hat man der seit langen Jahren und mit so großem Nachdruck erhobenen Forderung der Bau-arbeiter, von den Arbeitern selbst gewählte, aus dem Ar-beiterstand herbeizugeborene Baukontrollenre anzustellen und aus Staatsmitteln zu besolden, Rechnung getragen. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiter haben für die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht so viel Gewicht, ein paar Hunderttausend Mark für ihren Schutz aufzuwenden! Die schäbige Sparpolitik und die Rück-sichtnahme auf die Ausbeutungsbereitschaft des Unter-nehmerturns sehen jeder wirklichen Sozialpolitik in dem Dreiklassenparlament unübersteigliche Schranken!

Welch unbesiegbaren Respekt die preußische Regierung vor den Ausbeuterinteressen der Kapitalistenklasse hegt, da-für noch ein anderer Beweis. Bei der Beratung des Justiz-erlasses hatte der sozialdemokratische Redner zweimal die ja auch von den Gewerbeinspektoren selbst lebhaft beklagte Praxis der Gerichte kritisiert, gegen Unternehmer wegen Uebertretung der Arbeiterbeschäftigungen selbst dann lächerlich geringfügige Strafen zu verhängen, wenn diese Unternehmer wegen solcher Uebertretung bereits mehrfach vorbestraft sind. Der sozialdemokratische Redner forderte den Justizminister auf, doch auf die Staatsanwaltschaft dahin einzuwirken, daß sie höhere Strafen beantragte. Der Justizminister antwortete auf die erstmalige Aufforderung des sozialdemokratischen Redners überhaupt nicht. Als unser Genosse den Justizminister bei der dritten Lesung des Erlasses wegen dieses Beweises der Mißachtung gegen-über den Forderungen der Arbeiterklasse energisch zur Rede stellte, bequimte sich der Minister endlich zu einer Ant-wort. Sie war freilich auch danach! Der Minister er-klärte nämlich, daß er allerdings die Möglichkeit habe, in dem gewünschten Sinne auf die Staatsanwaltschaft einzu-wirken — aber darüber, ob er auch von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werde, schweigt er sich vollständig aus! So sorgen preußische Minister für die Beachtung der gesetz-lichen Bestimmungen des Arbeiterrechtes.

Auch die Steuerpolitik des Dreiklassenparlamentes be-zeugt die Rücksichtslosigkeit, mit der die Vertreter des Geld-sackes dort ihre Interessen wahrnehmen und die der nicht-beziehenden Klasse schädigen. Um das Defizit zu decken, war eine Steuererhöhung notwendig. Die Regierung schlug vor, die neuen Steuern durch Zuschläge auf die Vermögenssteuer und die Einkommensteuer der höheren Einkommen auszubringen. Sämtliche bürgerliche Parteien jedoch einigten sich dahin, die Zuschläge zur Einkommen-steuer auch auf die proletarischen Einkommen auszuwehnen. Die Herren Freisinnigen rechtfertigten diese arbeitserfeind-liche Maßnahme damit, daß der Zuschlag ja nur gering sei. Als ob die Arbeiter nicht bereits durch indirekte Steuern und den Lebensmittelpreiserhöhung infolge der Fleisch- und Ge-treidebezölle derartig belastet wären, daß man ihnen jede neue direkte Steuererhöhung hätte erproben sollen! Zumal bey unter der Krise freizubenden Proletariate ja 400 Millio-nen neuer indirekter Reichssteuern drohen, während eine Handvoll Kapitalisten allein in Preußen ihr Vermögen jährlich um 80 Millionen zu vermehren desmag.

So schaltet die bestehende Klasse im preußischen Geld-sackparlament. Und so wird sie weiter schalten, wenn nicht die Arbeiterklasse endlich Weisheit in das elendeste aller Wahlsysteme legt und für die Entfaltung wirklicher Volks-vertreter in das Abgeordnetenhaus sorgt. Der Wahl-rechtssturm des preußischen Proletariates hat ja auch be-reits der Regierung Zugeständnisse abgenötigt. Die Thron-rede verheißt im Oktober vorigen Jahres feierlich eine Reform des Wahlrechts. Die bürgerlichen Parteien frei-lich tun nicht das geringste, um die Regierung zur raschen und entschiedenen Einlösung ihres Versprechens zu zwingen. Der Freisinn hat sich bei der letzten Wahlrechtsdebatte mit ein paar maßlosen Nebenartikeln begnügt und der Re-gierung obendrein versichert, daß er auf die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen ja gar nicht zu hoffen wage, sondern mit der bescheidensten Abschlagszah-lung zufrieden sei! Das Zentrum hat sogar gegen einen Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt, ob-gleich die standalöse Ungleichheit der Wahlkreise die Ar-beiterschaft doppelt entrechtet und die agrarische Reaktion doppelt begünstigt!

Den wütenden Haß aller bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse und ihre Vertreter beweist aber am schlagendsten der unerhört brutale Gewaltstreich gegen die sozialdemokratische Fraktion: die Ungültigkeitserklärung von vier der insgesamt sechs sozialdemokratischen Mandate Berlins. Unter dem jämmerlichen Vorwand, die Wahlen der vier sozialdemokratischen Abgeordneten seien auf Grund einer falschen Listenaufstellung zustande gekommen, hat man die vier Sozialdemokraten aus dem Parlament hinausgeworfen, obwohl doch auch die sechs freisinnigen Ber-liner Mandate auf Grund genau derselben Listenauf-stellung zustande gekommen waren! Auch den angebliehen sozialdemokratischen Terror benützte man als Vorwand für die Ungültigkeitserklärung — als ob nicht die öffentliche Abstimmung von vornherein die Absicht des Terrors be-wiesse, als ob nicht gerade die Regierung ihren Beamten und Staatsarbeitern gegenüber die schmachvolle Estimation ihrer Bürgerrechte verübte.

Nun, das Berliner Proletariat wird den Dreiklassen-männern die gebührende Antwort geben! Aber das genügt nicht: die gesamte Arbeiterklasse muß fort und fort mit äußerster Energie den Kampf gegen die preußische Drei-klassenschmach führen, muß den Wahlrechtssturm derartig steigern, daß das elendeste aller Wahlsysteme reiflos hin-ausgeschafft wird! Schätzig Jahre lang hat sich diese Partik-ular eines Wahlrechts, die dem Volke durch die Deputierten aufgebzwungen wurde, halten können. Die Schuld dafür trägt die Jämmerlichkeit des immer kläglicher entartenden liberalen Bürgerturns. Und die Schuld

der Arbeiterklasse wäre es, wenn das Dreiklassenwählrecht noch länger seine kulturwidrige Existenz fristen könnte! Der Proteststurm des Volkes, der millionenstimmige Ruf: „Wieder mit der Dreiklassenwahl! Her mit dem Allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht!“ muß zum Orkan anschwellen, dem nichts widerstehen kann!

### Wirtschaftliche Rundschau.

**Konjunkturschwankungen.** — Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. — Die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien. — Die Richtung der Konjunkturfurche.

Wenn es Aufgabe der wirtschaftlichen Berichterstattung ist, die Vorgänge und Zustandsveränderungen in der Warenherstellung auf dem Arbeits-, Geld- und Warenmarkt sowie auf dem Gebiete des Konsums festzuhalten und in ihren Wirkungen auf den gesamten wirtschaftlichen Organismus zu würdigen, so dürfen in der Arbeiterpresse vor allem die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht übersehen werden. Denn gerade sie sind für die gewerkschaftliche Aktion von besonders hervorragender Bedeutung. Es ist nicht nur auswärts, sondern schädlich, Veränderungen, die nun einmal eingetreten sind, nicht beachten oder sie gar bestritten zu wollen. Es ist vom Standpunkt des Arbeiters, als des Verkäufers der Ware Arbeitskraft, auch falsch, die Lage des Arbeitsmarktes um jeden Preis trübe zu schildern: keine Ware gewinnt auf dem Markt an Wert, wenn ihre Verkäufer den Schwankungen der Konjunktur mit fatalistischer Resignation gegenübersehen. Die Arbeiter haben nicht das geringste Interesse daran, daß die Zeichen der Erholung, wie sie sich jetzt einiger Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete zeigen, übersehen werden, sondern sie wollen möglichst frühzeitig auf sie hingewiesen werden. Das schließt eine nüchterne Kritik der Symptome der Besserung keineswegs aus.

Der Monat April hat eine sichtliche Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebracht. Die Feststellung dieser Wendung mag vielleicht auf den ersten Blick überraschen, aber das ist kein Grund, die Wendung einfach zu ignorieren. Die Wendung ist so wichtig für die Arbeiterschaft, daß sie nicht ernsthaft genug erörtert werden kann. Um die Bedeutung der im April auf dem Arbeitsmarkt eingetretenen Wendung zu erkennen, ist ein Rückblick auf den Arbeitsmarkt vom dem Zeitpunkt ab, zu dem der gewerbliche Niedergang sich auf ihm äußerte, angebracht. Zum erstenmal ging im Juni 1907 der Anbruch über das Niveau des Vorjahres hinaus. Und zwar stellte sich der Mehrbedarf auf je 100 offene Stellen nach der Statistik des „Arbeitsmarktes“ bis Dezember 1907 wie folgt:

Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1,43	9,81	8,60	9,72	14,14	24,60	43,69

Während des Jahres 1908 schwankte der Mehrbedarf zwischen 35,87 im Juni und 68,74 im Dezember. Nun kommt das Jahr 1909. Hier brachten die bisher veröffentlichten Monate folgenden Mehrbedarf:

Januar	Februar	März	April
36,36	45,50	27,39	7,1

Bis Februar einschließlich war der Mehrbedarf noch äußerst stark. Im März setzte dann eine deutliche Abnahme ein, der Mehrbedarf war wenigstens wieder niedriger als je in einem Monat seit Dezember 1907. Doch war diese Verminderung noch lange nicht so in die Augen fallend wie die des Monats April, in welchem der Mehrbedarf gegenüber dem Vorjahre bis auf 7,1 Arbeitsuchende pro 100 offene Stellen zurückgegangen ist. Dieses scharfe Nachlassen des Mehrbedarfes ist um so bemerkenswerter, als im April ein gut Teil des alljährlichen Neuangebotes auf den Arbeitsmarkt zu strömen pflegt. Auch im laufenden Jahre war dies der Fall. Die Menge der Arbeitsuchenden hat daher auch im April 1909 kräftig zugenommen.

Daß trotzdem eine so scheinbare Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist, ist auf eine allgemeine Besserung des Beschäftigungsgrades zurückzuführen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist ungewöhnlich im Vergleich zum Vorjahre gestiegen, die Einstellungen sind in einem Grade erfolgt, daß trotz der Zunahme des Angebotes die starke Abnahme des Mehrbedarfes erfolgen konnte. Neben der Landwirtschaft, die Scharen freier Arbeitskräfte absorbierte, war es vor allem die ausgedehnte Wiederaufnahme der Bau Tätigkeit, die einem Meer Arbeitsloser und Arbeitsuchender wieder Beschäftigung bot. Weiter hat sich die Beschäftigtenziffer schon recht nennenswert im Textil- und Bekleidungsgebiete, im Holzgewerbe usw. gesteigert. Gegenüber diesen Steigerungen kann die Fortdauer oder gar noch Verschärfung der ungünstigen Lage im Kohlenbergbau sowie im Eis- und Metallgewerbe sowie in der Maschinenindustrie nicht so sehr ins Gewicht fallen, um die Gesamtbesserung abzuwachen zu können. Im Kohlenbergbau nimmt allerdings die Arbeitslosigkeit noch immer ab, während im Eisengewerbe und den weiterverarbeitenden Industriezweigen die Lage wenigstens noch ziemlich ungelöst ist.

Wenn wir von einer sichtlichen Erholung auf dem Arbeitsmarkt reden, so ist damit schon gesagt, daß die gegenwärtige Lage noch keineswegs irgendeine befriedigende könnte. Sie ist vielmehr, absolut betrachtet, noch immer recht ungünstig. Wer es ist ein Unterschied, ob die Ungunst in der Zu- oder Abnahme begriffen ist, oder ob ihr Grad stabil bleibt. Die Ungunst geht zurück und trotzdem wird das Jahr 1909 noch unter dem Druck eines sehr erheblichen Neuangebotes stehen. Denn es ist nicht zu übersehen, daß das ganze Jahr 1908 hindurch die Beschäftigtenziffer einen Stand zeigte, der fast das gesamte Neuangebot auf dem Arbeitsmarkt in die Kategorie der Arbeitslosen verwies. Wenn also 1909 die Beschäftigtenziffer auch wieder kräftig zunimmt, so wird es doch noch recht lange dauern, bis

das Neuangebot aus den Jahren 1908 und 1909 von der Nachfrage aufgenommen sein wird. Trotz der Erholung werden Rückfälle nicht ausbleiben. Die Signatur der Marktlage kann also durch die Formel ausgedrückt werden: steigende Nachfrage bei hartem Ueberangebot.

Un den Börsen, vornehmlich an der Berliner Börse, werden die Gründe der Besserung im Wirtschaftsleben in den neuerlichen starken Anregungen aus Amerika gesucht. Diese Annahme ist durchaus oberflächlich. Es fällt allerdings auf, daß das Wiederaufblühen von Handel und Wandel in den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland auf den ersten Blick zeitlich zusammenfällt. Es fehlt auch nicht an gemeinsamen Ursachen der Erholung, die namentlich auf dem Gebiete des internationalen Geldmarktes zu finden sind. Bei uns in Deutschland geben die ersten Anzeichen einer Erholung bis in den September 1908 zurück, während sie für die Vereinigten Staaten, soweit dies auf Grund des bisher bekannten Materials zu beurteilen ist, erst viel später zu beobachten waren. Ja, bis vor kurzem waren die Stimmungsberichte aus den Vereinigten Staaten noch schwarz in schwarz gehalten, während sie jetzt nicht hell und licht genug ausgeputzt werden können. Da aber gerade die amerikanischen Stimmungsberichte in besonders hohem Maße die Meinung der Börse beherrschenden Kreise widerspiegeln, so sind sie nicht im geringsten geeignet, die tatsächliche Entwicklung der Konjunktur wiederzugeben. Nur soviel kann unter Berücksichtigung einiger statistischen Materials behauptet werden, daß auch in den Vereinigten Staaten eine Wiederbelebung auf wirtschaftlichem Gebiete eingeleitet hat. Als feststehend kann die Zunahme der Bautätigkeit in den Städten, die Ausdehnung der sehr stark zurückgegangenen Rohstoffgewinnung, die Hebung des gesamten Güterverkehrs und die Steigerung der Umsätze im Handel bezeichnet werden. Soweit schon für die Monate des laufenden Jahres Nachrichten über den Arbeitsmarkt vorliegen, geht aus ihnen eine allmähliche Verringerung des Ueberangebotes hervor. Doch ist bei der unentworfelten Arbeitsmarkt-Berichterstattung über den Grad dieser Verringerung noch nichts zu sagen.

Werfen wir nun zum Schluß noch einen Blick auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Großbritannien, so fehlt es zwar auch hier nicht an deutlichen Symptomen der Erholung, aber bei der großen Abhängigkeit Großbritanniens vom Weltmarkt setzt sich die Besserung weit langsamer und schwächer durch als in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Auf dem Weltmarkt herrscht noch immer bei scharfem Wettbewerb eine mäßige Nachfrage. Die Ausfuhr Großbritanniens bleibt nach wie vor stark gedrückt. Die Welting des Inlandsmarktes reicht aber nicht aus, um das britische Wirtschaftsleben entsprechend zu beeinflussen. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß die Zeiten der schwersten Stagnation auch in Großbritannien vorüber sind. Auf dem Arbeitsmarkt äußert sich diese Wendung in einer Abnahme der Arbeitslosigkeit, namentlich unter den gelehrten Arbeitern.

Uebereinstimmend ergibt sich für die drei führenden Industrieländer eine Frühjahrsbelebung, die graduell zwar sehr verschieden, doch stark genug ist, um behaupten zu können, daß die Konjunkturfurche sich wieder nach aufwärts bewegt, daß der auf dem Arbeitsmarkt bisher lastende Druck nachzulassen beginnt. Weicht man freilich an Einzelheiten hängen und betagelmeyert jede ungünstige Nachricht, die der Alltag bringt, ohne alle Rücksicht, wie der einzelne Fall sich in das Gesamtbild einzureihen hat, so wird man nie zu einer systematischen Diagnose der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen sowie des Arbeitsmarktes im besonderen gelangen, sondern genau nach dem Vorbild der Handelspresse den einzelnen Vorgang als typisch nehmen. Privatkapitalistisch ist diese Art der Berichterstattung durchaus berechtigt, aber volkswirtschaftlich hat sie die bedenklichsten Schattenseiten. Geradezu abschätzlich ist diese überkommene Berichterstattung vom Standpunkt einer gewissenhaften Arbeitsmarktstatistik.

Berlin, am 16. Mai 1909.

Nich. Calver.

### Politische Umschau.

**Neue Phase der Reichsfinanzreform-Krisis.** — Die Ersatzsteuer. — Der durch das preussische Dreiklassenparlament vollbrachte Mandatsraub. — Kongresse zur Reichsversicherungsordnung. — Der gescheiterte „Generalfreie“ in Frankreich und seine Lehren.

Die am 18. Mai erfolgte Verlesung des Reichstags bis zum 15. Juni ist auf die Annahme zurückzuführen, daß bis dahin die Regierung instande sein wird, die Steuern, die zum Ersatz der abgelehnten und aussichtslosen dienen sollen, vorzulegen. Außer einer sogenannten „Wohlfahrter“ dürften zunächst in Betracht kommen eine Zündholzsteuer und eine Erhöhung des Kohlenzolls. Man hofft, aus der Zündholzsteuer einen Ertrag von 25 bis 30 Millionen Mark herauszuschlagen, was pro Jahr und Kopf eine Belastung von 40 bis 50 s ausmachen würde.

Die Zündholzsteuer würde natürlich die Masse der Unbemittelten und Armen am stärksten belasten. In den besser situierten Schichten der Bevölkerung findet das elektrische Licht und der Selbstgünder für Gaslicht im Haushalt und im Geschäftsbetriebe immer stärkere Verwendung. Besonders in den Städten. Daraus ergibt sich nicht nur eine relative, sondern sogar absolute Verminderung des Zündholzgewerbes, die seiner Besteuerung gewiß nicht günstig ist. Auch die Erhöhung des Kohlenzolls, der eine Mehreinnahme von etwa 50 Millionen bringen soll, würde vornehmlich die Masse der Unbemittelten und Armen treffen.

Von einer Klärung der Finanzreformkritischen-Situation kann auch jetzt noch keine Rede sein. Fürst Bülow

hat dem Kaiser in Wiesbaden Vortrag über diese Situation gehalten. Ueber das Resultat verlautet bis jetzt nur, daß Fürst Bülow „nach wie vor das volle Vertrauen des Kaisers hat“ und dieser sich mit ihm „in vollkommener Uebereinstimmung über die zu befolgenden Richtlinien“ befindet. Was das für „Richtlinien“ sind, darüber ist der Öffentlichkeit noch nichts bekannt geworden. Mehr und mehr greift in parlamentarische Kreise die Ueberzeugung Platz, daß der Reichskanzler geneigt ist, die Finanzreform mit den Konservativen und dem Zentrum, denen sich wohl die Nationalliberalen anschließen dürften, zu machen. In der Absicht, mindestens 400 Millionen Mark neue indirekte Steuern zu bewilligen, sind alle bürgerlichen Parteien einig.

Weiter ist eine „Verbesserung“ der Fahrkartensteuer in Aussicht genommen in der Richtung, daß alle vier Wagenklassen der Eisenbahn gleich hoch besteuert werden. Dabei kommen natürlich die Benutzer der vierten Wagenklasse am schlechtesten weg. Die Armen werden belastet, die Reichen geschont. Das nennt man dann „Schonung der schwachen Schultern“!

Wenn die Ersatzsteuer vorlagen nach dem 15. Juni die erste Lesung im Plenum des Reichstags passiert haben, werden sie natürlich der Finanzkommission zur weiteren Beratung überwiesen. So kann es dann kommen, daß der Reichstag genötigt ist, bis hoch in den Sommer hinein zu tagen. Jedenfalls dringt die Regierung mit aller Entschiedenheit darauf, daß in der Finanzreformfrage eine Entscheidung erfolgt.

Von der Finanzreform-Wisere richtet sich unser Blick auf einen nicht schamloser Vergewaltigungspolitik des preussischen Dreiklassenparlament. Dieses hat am 19. Mai, wie noch den Beschließen seiner Wahlprüfungskommission zu erwarten stand, die vom „Freisinn“ unter den haltlosesten Gründen angeforderten Mandate der vier Berliner Abgeordneten Girsch, Borgmann, Seimann und Hoffmann für ungültig erklärt! Nur ein Teil des Zentrums machte diese infame Vergewaltigungspolitik der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen nicht mit. Es kümmert diese von bloßem Haß gegen die Sozialdemokratie geleitete Spießhaß nicht, daß, wenn die kassierten sozialdemokratischen Mandate „ungefährlich“ zustande gekommen sind, überhaupt alle Berliner Mandate den Charakter der Ungefährlichkeit haben.

In Berlin tagte vom 17. bis 19. Mai der fünfte Kongress der Krankenkassen Deutschlands unter außerordentlich harter Beteiligung. Es waren vertreten 634 Ortskrankenkassen durch 1282 Delegierte, 117 Betriebskrankenkassen durch 104 Delegierte, 33 Innungs-krankenkassen durch 48 Delegierte, 175 freie Hilfskassen durch 184 Delegierte. Im ganzen waren vertreten 1086 Kassen durch 2196 Delegierte, von denen 484 Arbeitgeber, 1232 Arbeitnehmer und 420 Beamte sind. Die vertretenen Kassen umfassen zusammen 7 Millionen Versicherte. Vertreten waren auch das Reichsamt des Innern, das Reichsversicherungsamt, der Magistrat der Stadt Berlin, die Reichskommission der Krankenkassen Oesterreichs, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die sozialdemokratische und die freisinnige Reichstagsfraktion, der Verband der christlichen Gewerkschaften usw.

Zwei des Kongresses war Stellungnahme zu dem Entwurf einer Reichsversicherungsbildungsordnung. Die dreitägigen Verhandlungen erstreckten sich auf alle die Arbeiterversicherung betreffenden wichtigen Fragen. Im Vordergrund standen natürlich die Interessen der Krankenkassen. Eine Reihe von Resolutions wurden erlassen. Die Ausführungen richteten sich scharf gegen den Versuch, in die Selbstverwaltung der Krankenkassen einzugreifen und die freien Hilfskassen zu verewaltigen. Leitender Gedanke war, daß die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung anzutreiben und diese Versicherung in allen Einzelheiten gründlich zu reformieren sei. Ministerialdirektor Dr. Caspar vom Reichsamt des Innern gestattete sich zu behaupten, daß der Kongress nicht als Repräsentation der Krankenkassen Deutschlands angesehen werden könne. Natürlich verteidigte er den Entwurf der Regierung als einen durchaus guten. Dem Herrn wurde vom Vorsitzenden Fräulein unter Hinweis auf die gewaltige Zahl der Delegationen die geübteste Antwort. Die gestellten Beschlüsse entsprachen im allgemeinen den berechtigten Forderungen, die seitens der Arbeiterschaft schon solange erhoben werden: Selbstverwaltung, volle Würdigung und Berücksichtigung der Interessen der Versicherten; weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht in allen ihren Zweigen.

Diesem Kongress schloß sich ein Sondertag der freien Hilfskassen an, der entgegengesetzten Stellung gegen den Teil der Reichsversicherungsbildungsordnung, der darauf gerichtet ist, diesen Kassen den Garauz zu machen. Der Kongress protestierte einmütig gegen die beabsichtigte Beseitigung der freien Hilfskassen als vollberechtigte Kassen und forderte von der Gesetzgebung, daß, wenn die anderen Sondertag, wie Innungs-, Betriebs-, usw. Krankenkassen beibehalten werden sollen, gerechteste Wege auch die freien

Geflassen wie bisher ohne Einschränkung als vollberechtigte Klassen zu belassen oder ihnen doch dieselben Rechte einzuräumen sind, welche die Zwangsklassen besitzen.

Es darauf hielten auch die Angestellten der Krankenkassen und die Berufsgenossenschaftsbeamten in Berlin den Streik ab, um in der Frage der Versicherungsreform ihre Interessen zu wahren. In einer angenommenen Resolution heißt es:

Der Kongress beantragt und erklärt als selbstverständlich, daß alle bisherigen Angestellten der Versicherungsträger in der Reichsversicherung auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes weiter beschäftigt werden, und zwar mindestens zu den bisherigen Gehalts- und Anstellungsbedingungen.

Zur gesetzlichen Regelung der Dienstverhältnisse der Angestellten der Zwangskrankenkassen und Berufsgenossenschaften fordert der Kongress ferner: die Schaffung von Dienstordnungen durch die Organe der Versicherungsträger und die Gewährleistung des Koalitionsrechtes.

Die neue Streikbewegung in Paris zugunsten der Postbeamten hat ein kläglich Ende genommen. Es zeigte sich, daß die anarcho-syndikalistische Mehrheit des Zentralvorstandes der Pariser Arbeitervereinigungen es war, die sich bemühte, einen „Generalstreik“ ins Werk zu setzen. Aber die Mehrheit der organisierten Arbeiter war für dieses Abenteuer nicht zu haben. Höchstens 3000 Pariser Arbeiter beteiligten sich an der Arbeitsniederlegung. Der geringe Rest noch freitender Postbeamten nahm die Arbeit wieder auf. Die ganze mit so viel Rärm in Szene gesetzte „große Aktion“ erwies sich als ein Puff. Die „Heilslehre“ vom „Generalstreik“ hat eine neue Verurteilung durch die Mächte der Tatsachen erfahren. In einer Pariser Korrespondenz des „Vorwärts“ wird der „Generalstreik“ als „zweifelloses Abenteuer“ behandelt und dazu u. a. folgendes ausgeführt: „Es hätte keinen Sinn, heute darüber zu streiten, ob eine Massaktion des Proletariats den Beamten hätte helfen können, solange der Kustand seine ursprüngliche Kraft hat, und ob nicht das Verlangen wichtiger Kategorien der Beamtenschaft selbst, namentlich des Zentraltelegraphenamts, dem Zustand schon das Los bestimmt hat. Aber welches Ziel sollte einer allgemeinen Streikbewegung jetzt gesetzt sein, da die Beamten entmutigt und erschöpft ins alte Joch zurückgelehrt sind und weiterer Nachhaken, die den Hunderten von Opfern neue Augenellen werden! Heute noch mit einem Wiederaufflammen ihre Kampfergie zu rechnen, heißt in der Tat alle Erfahrungen gewerkschaftlicher Aktion in den Wind schlagen. Und welcher Erfolg soll dem Auftret auf einer allgemeinen Arbeitseinstellung beschieden sein, von der man weiß, daß sie gegen die Stimmen der stärksten Organisationen beschlossen wurde und nicht von dem Glauben an den Sieg beflügelt wird.“

Die Masse der organisierten Arbeiter hat mit Recht den insurrektionellen Selbstverpflichtung die Gefolgschaft verweigert und damit die Arbeiterbewegung vor einer noch schlimmeren Niederlage bewahrt, als sie schon in dem Ausgange des Abenteuers gegeben ist. Will man es denn schon auf das Wagnis eines Generalstreiks ankommen lassen, so ist die erste Vorbedingung doch die, daß das Proletariat auf ihn vorbereitet ist. Davon aber kann in Frankreich gar keine Rede sein. Das hat ja auch der Konföderationssekretär Niel in Les vor den Bergarbeitern offen ausgeprochen, und die andern großen Organisationen: Eisenbahner, Gasarbeiter usw., teilen diese Meinung. Der Anarcho-Syndikalismus hat sich in Frankreich wieder einmal als unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterbewegung erwiesen.

### Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

- Hansastädte:**
  - Hamburg** (Streik der Betonarbeiter, Sperre über die Schornsteinbaufirma Diedrich und Differenzen im ganzen Baugewerbe);
- Mecklenburg:**
  - Sülze** (Sperre über Holdorf), **Lüthnow** (Sperre über das Kaliwerk);
- Brandenburg:**
  - Bad Schöffels** (Aussperrung), **Lehntz-Cammen-Gross-Kreuz** (Abwehrstreiks);
- Pommern:**
  - Pyritz, Regenwalde, Richtenberg-Franzburg** (Streiks), **Tropow a. d. Rega** (Sperre über Paul Witke), **Rügenwalde** (Schirm- und Leichter, Sperre), **Bergon a. R.** (Sperre über Radolf Wahl in Binz), **Wolgast** (Sperre über Peters in Lümsdorf);
- Ost- und Westpreußen, Posen:**
  - Pillkallen, Koschmin** (Streiks), **Nakel** (Aussperrung), **Lattowitz** (Sperre über die Unternehmer Laube

und Kempen), **Königsberg** (Sperre über Riemann), **Konitz, Vandsburg, Marienwerder, Lissa** (Differenzen);

**Königr. Sachsen:**
**Leipzig** (gesperrt sind: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, **Mülsen** (Sperren über E. Meier, Ortmanndorf und F. Döhm, Mülsen-St. Nikolaus), **Frankenberg** (Sperre über Winkler), **Schkeuditz** (Sperre über Reiwand in Cursdorf), **Borsdorf** (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Paritsch), **Zittau** (Sperre über Hüske in Weigsdorf), **Bautzen, Falkenstein, Freiberg** (Streiks);

**Provinz Sachsen und Anhalt:**
**Merseburg** (Sperre über den Schulneuban in Schafstädt b. Lauchstädt), **Weissenfels** (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt), **Halle** (Sperre über Iffland in Passendorf), **Aken** (Sperre über Karl Karthäuser), **Dessau** (Abwehrstreik), **Coswig, Halberstadt, Wettin a. d. S.** (Streiks), **Salzwedel** (Aussperrung);

**Schlesien:**
**Bunzlau** (Sperre über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.), **Märzdorf** (Sperre über Schneider in Peiskerau und Scheundel in Grobelwitz);

**Thüringen:**
**Schlotheim** (Streik), **Arnstadt** (Sperre über O. Gressler), **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar), **Sachs** (Sperre über Buchholz in Braunlage);
**Hannover, Braunschweig, Oldenburg:**
**Ahlten b. Lehrte, Münden, Schnoerdingen, Walsrode, Neuhaus a. d. Elbe** (Streiks), **Sulingen** (parteller Streik), **Landkreis Linden** (Aussperrung), **Bückeburg** (Sperre über Krause), **Hannover** (Sperre über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerkes), **Quakenbrück, Vechta** (Differenzen);

**Westfalen und Rheinland:**
**Benrath, Viersen** (Streiks), **Gütersloh** (Aussperrung), **Haspe** (Sperre über das Eisen- und Stahlwerk), **Minden** (Sperre über Ackmann in Obernkirchen), **Düsseldorfer** (Sperre über Biesse), **Ahlen** (Sperre über Krämer), **Burgsteinfurt** (Sperre über Gotzki), **Selm** (Sperre über Kohl), **Oeynhäusen** (Sperre über das Eisenwerk „Weserhütte“), **Rheinhausen** (Differenzen auf dem Kruppchen Werk);

**Hessen-Waldeck:**
**Büttelborn** (Sperre über Kuhlmann und Kraus), **Ems, Biebesheim, Nieder-Ramstadt, Bad Orb** (Streiks), **Bad Soden** (Sperre über den Unternehmer Christian);

**Bayern:**
**Ansbach** (Streik), **Oberkotzau, Würzburg** (Aussperrung), **München** (Differenzen wegen des Arbeitsnachweises);

**Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:**
**Pforzheim** (Streik), **Worms** (Sperre über Schmidt);

**Fliessenleger:**
**Strassburg i. Els.** (Streik), **Mülheim-Ruhr** (Sperre über Möhlenbruck & Mathies), **Göln und Düsseldorf** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **München** (Aussperrung).

**Isolierer und Steinholzer:**
**Leipzig** (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 23), **Göln** (Sperre über die Korkelthworte), **Chemnitz** (Sperre über Ziegner & Fritsche), **Hamburg** (Aussperrung), **Berlin** (Sperre über die Filiale der Gesellschaft „Fama“).

#### Oesterreich:

**Asch, Klösterle, Pardubitz, Pisock, Prag** (Streiks).

#### Schweiz:

**Zürich** (Streik der Fliessenleger).

#### Gau Bremen.

In **Delmenhorst** ist kein Vertrag zustande gekommen, weil die Unternehmer den § 5 des Vertragsmodells (Affordarbeit) anders ausgelegt wissen wollen, als er bei den zentralen Verhandlungen gemeint war. Eigentümlicherweise gibt auch der Vorstand des Arbeitgeberbundes dem § 5 eine andre Auslegung. Unsere Kollegen, die bisher keine Affordarbeiten ausführten, verzichten deshalb auf den Abschluß eines Vertrags.

In **Emden**, wo beinahe die Hälfte der Bauphilarsmacher für das Baugewerbe sitzen, haben unsere Kollegen besonders unter dem Arbeitsnachweis zu leiden. Auch hier hat er wie in Nordenham eine wahre Schreckensterrasse aus. Einer unserer Kollegen, der bei einer Firma Arbeit nehmen wollte und auch Arbeit erhielt, mußte zum Arbeitsnachweis, um die Werbung zu machen. Vom Nachweis wurde ihm aber eine andre Firma angewiesen; ihm wurde einfach gesagt: „Dort haben Sie hinzugehen!“ Als unser Kollege sich darauf einfinden wollte, wurde ihm aber keine Maurerarbeit, sondern Arbeit angewiesen, die die Bauarbeiter verrichten. Unser Kollege lächelte selbstverständlich die Arbeiter nicht aus, sondern wandte sich wieder an den Arbeitsnachweis, um bei dem Unternehmer anzufangen, der ihn mit Maurerarbeiten beschäftigen würde. Aber weit gefehlt, die Antwort lautete: „Wenn Sie nicht dorthin wollen, gibt es keine andre Arbeit!“ Die Firma Gebrüder Neumann aus Norden macht sich fortwährend des Vertragsbruchs schuldig. Sie führt in Emden zurzeit größere Arbeiten aus. Wenn die Maurer und Bauarbeiter nicht so springen wollen, wie es die Herren Poliere und Aufseher wünschen, dann gibt es Feiertage und auf dem Entlassungsseiden wird dann der Vermerk gemacht: „Wegen Vertragsangelegenheiten entlassen.“ Wir werden auch mit diesen Herren in nächster Zeit ein ernstes Wort reden.

In der Angelegenheit der Mahrgelung unseres Vorliegendes in Nordenham hat sich der Gauborverband, bestehend aus dem an den Vorstand des Arbeitgeber-Bezirksverbandes für das untere Weser- und Emsgebiet gewandt. Die Unternehmer be-

streiten ein solches Vorgehen seitens des Arbeitsnachweises, aber wir werden es ihnen schon in der nächsten Zeit beweisen, daß alles, was sie anführen, Unwahrscheinlichkeiten sind. Jetzt erst wollen sie sich auch endlich bequemen, eine Schlichtungskommission zu wählen, nachdem erst der Bezirksvorstand darauf hinweisen mußte, daß dies vertraglich geregelt ist. Mit den Unternehmern in Nordenham und Emden werden wir noch ein ernstes Wort reden müssen. Unsere Kollegen aber rufen wir zu: Seid auf der Hut! In dieser Stelle wollen wir es auch nicht unterlassen, die Poliere, die unsern Verbände angehören, daran zu erinnern, daß sie bei ihren Handlungen daran denken müßten, daß sie noch Mitglieder unsres Verbandes sind; auch hier müßten sie sich viel gefühlig.

In **Wittmund** hat am 23. Mai eine Verhandlung über die Abschließung eines Vertrages stattgefunden. Es wurde eine Entigung erzielt. Unsere Kollegen erhalten eine Lohnerhöhung von 2 1/2 pro Stunde mit rückwirkender Kraft bis zum 15. Mai.

Für **Quakenbrück** haben am 24. Mai in Bremen Verhandlungen stattgefunden; sie haben jedoch zu keinem Ergebnis geführt, so daß der Bezug von Quakenbrück ferngehalten ist.

#### Gau Danzig.

Der Streik in **Pillkallen**, Zweigverein **Königsberg**, ist nach einmütiger Dauer mit vollem Erfolg siegreich beendet worden. Alle Schlichterungen durch Polizei, Gendarmerie usw., von denen wir in der vorigen Nummer berichtet haben, haben den Unternehmern nichts genützt. Auf Grund des Pillkaller Streiks und der Vorbereitungen hierzu in Stallupönen hat sich innerhalb acht Tagen ein Arbeitgeberverband für diese beiden Kreise gebildet. Mit diesem ist am 16. Mai nach mehrstündiger, hartnäckiger Verhandlung ein Tarif zustande gekommen, wonach für 1909 bei elfstündiger Arbeitszeit ein Lohn von 42 1/2 und für 1910 bei zehneinhalbstündiger Arbeitszeit ein Lohn von 44 1/2 festgesetzt ist. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen waren in diesen beiden Kreisen bisher mit die schlechtesten in ganz Ostpreußen und bildeten bei Verhandlungen mit den Unternehmern ander Orte ein großes Hindernis. Zum großen Teil bestand noch die zwölfstündige Arbeitszeit und Tagelohn; wo Stundenlöhne gezahlt wurden, bestanden ja zehn Lohnklassen von 27 1/2 bis 42 1/2, die im Frühjahr und Herbst noch bedeutend reduziert wurden. Auch diese miserablen Zustände sind durch das geschlossene Vorgehen der Pillkaller Kollegen für über 300 in Frage kommende Kollegen beseitigt. Die Kollegen im ganzen Gebiet werden nunmehr wohl einsehen, daß der Verband für sie Großartiges geleistet hat und werden sich ihre Organisation so ausbauen, daß sie auf der nunmehr geschaffenen Grundlage weiter ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern können. Aber auch die Unternehmer können uns dankbar sein. Durch die vollständig ungeregelteten Löhne waren die Unterbietungen so groß, daß sie auch nicht mehr aus und ein wußten; durch unsern Druck haben sie sich nunmehr auch zusammengefunden. Dieser Kampf beweist, daß die Organisation auch die schwersten Hindernisse überwinden kann.

Am 18. Mai legten in **Marienwerder** bei der Firma Müller 80 Maurer und 75 Bauarbeiter auf fünf Bauten die Arbeit nieder. Die Bauarbeiter forderten an Stelle der bisherigen Affordarbeit die Einführung der Tagelohnarbeit im Zeitlohn. Als diese Forderung vom Polier abgelehnt wurde, legten die Bauarbeiter die Arbeit nieder. Kurz darauf bewilligte man die Forderung, entließ aber acht Maurer, von denen angenommen wurde, daß sie die Bauarbeiter zu ihrem Vorgehen veranlaßt hätten. Als die Wiedereinstellung abgelehnt wurde, kam es auf der ganzen Linie zur Arbeitseinstellung. Hierbei wurde gleich noch eine andre Forderung erhoben. Man verlangte die Entlassung eines Poliers, der sich wiederholt gegen die bei ihm beschäftigten Arbeiter in der gemeinsten und brutalsten Weise mit Nebenarten vergangen hatte. So hat hier unangenehme Aktion gelegentlich einer Krankheit eines Hilfsarbeiters, wo dieser ohnmächtig auf der Baustelle zusammenbrach, den umstehenden Leuten, die nach einem Glas Wasser verlangten, zugerufen: „Rißt ihm doch in den Nacken!“ Ein Fußtritt, um den Kranken Arbeiter nach Hause zu schaffen, stellte der Polier nicht zur Verfügung, obgleich ein solches auf der Baustelle vorhanden war. Diese Handlungsweise des Poliers in Verbindung mit andern Handlungen, die ebenso unanständig und unanständig waren wie die geschiederten, veranlaßte die Firma, die Forderung nach Entfernung dieses Mannes zu akzeptieren und alle Arbeiter und Maurer wieder einzustellen. Am 19. Mai wurde auf allen Bauten mit der Arbeit begonnen.

Infolge des Zimmererstreiks in **Thorn** kam es auf dem Neubau des Privatunternehmers **Söhne** zu Differenzen. Die Maurer und Hilfsarbeiter verteidigten ihre Fisse beim Herausziehen von Wälen, worauf vier Maurer entlassen wurden. Da die Wiedereinstellung abgelehnt wurde, erklärten sich die übrigen Kollegen mit den Entlassenen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Auf diesem Bau erhielten unsere Kollegen 3 1/2 über den Tariflohn, also 48 1/2 pro Stunde. Herr Söhne, der den Bau für sich herstellen läßt, wußte keinen andern Rat, als die weitere Ausführung des Baues einem organisierten Unternehmer zu übertragen, der dann auch mit sieben Lehrlingen und vier Maurern (organisiert im polnischen Berufsverband) zur Fortsetzung der Arbeiten erschien. Herr Söhne gefiel aber dieser Zustand nicht. Er verweigert die Leistung der früheren Solome mit der Leistung der Streikbrecher und fand einen erheblichen Unterschied zu seinem Schaden heraus. Da ihm auch der „Meistergroßchen“, den er dem neuen Unternehmer zahlen mußte, nicht so leicht abgehen wollte, so war Söhne zu Verhandlungen geneigt. Er nahm die Entlassung unsres Zweigvereinsvorstehenden, um die es sich in erster Linie drehte, zurück, rechnete mit dem neuen Unternehmer ab und unsre Kollegen konnten am nächsten Tage außer zweien, wo er andre Entlassungsgründe anführte, wieder mit der Arbeit beginnen. Eine Verammlung am 16. Mai nahm von dieser Differenz Kenntnis und nahm einstimmig das Verhandlungsergebnis an.

In **Nakel** besteht die Aussperrung weiter. Nur ein Polier ist bis jetzt abtrünnig geworden. Es ist bis heute gelungen, fast alle zugewiesenen Streikbrecher wieder abzuführen. Nur vier verblieben, zwei davon sind aus Briesen in Westpreußen, haben sich noch nicht bewegen lassen, Nakel zu verlassen. Ein zugewiesener Maurer aus Posen erzählte, daß dort im Arbeitsnachweis Maurer nach Nakel verlangt werden.



Maurer, der damals auf 43 bis 45 1/2 festgelegt war, auf 43 bis 47 1/2 festlegen wollen. Da werden die Herrschaften, die nun unsere Kollegen in Acht und Bann getan haben, aber noch lange warten können. Die Maurer-Halberstädter werden weiter kämpfen.

Gau Mannheim.

In den Saarstädten (St. Johann, Saarbrücken, Walstatt, Burbach), teilten uns die Unternehmer im Winter mit, daß sie nicht verhandeln, auch keinen Tarif mit uns abschließen wollten. Die Unternehmer begründeten dies damit, es sei keine Arbeit vorhanden und die Aussichten für das Jahr 1909 seien sehr schlecht. Nun ist die Bautätigkeit seit kaum zwei Monaten im Gange, da sind schon circa 100 Neubauten angefangen, und ein großer Teil wird noch in Angriff genommen werden. Unsere Kollegen sind nun der Meinung, daß diese Situation vorzüglich geeignet ist, ihre Lage zu verbessern. Am 18. Mai fand eine sehr stark besuchte Versammlung statt; diese beschloß, nochmals an die Unternehmer heranzutreten, um durch Verhandlungen eine Einigung herbeizuführen. Ob die Unternehmer jedoch gewillt sind, zu verhandeln, bleibt nach ihrem bisherigen Verhalten zweifelhaft. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß es zum Kampfe kommt.

In Worms ist es wieder einmal die Firma Paul Schmidt, die Anlaß zu einer Sperrung gab. Schon zum dritten Male wurde ein Mitglied des Bauhilfsarbeiterverbandes von dieser Firma gemahnt. Diesmal rief den Bauhilfsarbeitern die Geduld, sie verhängten die Sperrung. Dadurch sind einige Maurer in Mitleidenschaft gezogen. Es scheint, als wenn Paul Schmidt ohne Krieg mit den Arbeitern nicht leben kann.

In Forstheim fängt es beim Arbeitgeberverband an zu bröckeln. Der Unternehmer Konradi bewilligte uns die Forderung und wurde dafür prompt aus dem Arbeitgeberverbande ausgeschlossen. Auch andre Unternehmer äußerten schon längst, daß sie es fast hätten, für die Großen die Kassen aus dem Feuer zu holen. Unsere Kollegen mögen noch einige Wochen fest stehen und die Abgereiften draußen mögen ausparzen, dann ist der Sieg unser.

Gau München.

Bekanntlich hat der Arbeitgeberverband in München kurz nach dem Tarifabschlusse 1908 einen Arbeitsnachweis eingeführt. Diese Einrichtung wurde von Anfang an dazu mißbraucht, die Arbeiter zu laurigen. Nun raffen sich die hiesigen Kollegen auf und beschloßen in der letzten Mitgliebersversammlung einstimmig, diesen Sklavenmarkt zu sperren. Dieser Beschluß wird von den Kollegen auch strikte durchgeführt, denn sie wissen, von welcher weittragenden Bedeutung diese Angelegenheit ist. Den Schärfer machen paßt nun natürlich die Sache nicht. Nachdem in ihrem Status festgelegt ist, daß für jeden Arbeiter, der ohne den Arbeitsnachweis eingestellt ist, M. 10. Strafe zu bezahlen sind, beugen sie sich immer noch unter die Fingel des Zellermeier. Die Einigkeit unter den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes ist allerdings längst durchbrochen, und zahlreiche Kollegen werden wieder auf den Bauten eingestellt oder in unserm Bureau vermittelt. Jene, die Herrn Zellermeier nicht blinde Gefolgschaft leisten, sitzen allerdings schlimm in der Pasche, da sich kein Maurer dazu hergibt, den Sklavenmarkt noch zu passieren. Trotzdem nun in München zurecht Maurer in genügender Anzahl, allerdings ohne den Arbeitsnachweis, zu haben waren, inieriert der Arbeitgeberverband in in- und ausländischen Blättern und verspricht den Maurern das reinste Paradies, wenn sie nach München kommen wollten. Die Kollegen sind hiermit gewarnt! Jeder der Zugiehenden müßte erst durch den Arbeitsnachweis vermittelt werden; dazu kann sich jedoch nach dem Beschlusse des hiesigen Zweigvereins kein Kollege hergeben, der uns nicht in den Rücken fallen will und dem noch etwas an unserm Verbande gelegen ist.

Gau Nürnberg.

Der Streit in Ansbach dauert unverändert fort. Die Unternehmer haben am Tage nach Beginn des Streiks beschloßen, daß alle jene Maurer und Bauhilfsarbeiter, die innerhalb dreier Tage die Arbeit nicht wieder zu den bisherigen Bedingungen aufnehmen, entlassen werden und bis zum Jahre 1910 am Orte keine Arbeit mehr erhalten sollen. Da kein Kollege auf diese angelegelten Leimruten der Unternehmer hätte, so wurde weiter beschloßen, doreist keine auswärtigen Arbeiter einzustellen (Man weiß auch, warum!) und die Bedienten bis Pfingsten auszuhängen. Streikbrecher sind im Laufe der letzten Woche auf falsche Vorpiegelung eines Unternehmers hin zugereist, haben aber nach erhaltener Aufklärung von den Streikenden den Ansbacher Stand von ihrem Posten gestrichelt. Die sechs Mann kamen aus Dürrenwang, was unsern darigen Kollegen zur Warnung dienen mag. Trotz den ausgehängten schwarzen Listen haben die meisten Streikenden außerhalb Ansbach Arbeit erhalten, wobei sie sich so wohl fühlen, daß sie keine Lust haben, in diesem Jahre überhaupt wieder in Ansbach zu arbeiten, und so werden die Unternehmer ihre guten Arbeitskräfte verlieren und nur noch ihre alten Zubühnngsgesellen behalten.

In Kitzingen waren Unterhandlungen angelegt; aber inzwischen hatten sich die Unternehmer dahin geeinigt, sich dem Arbeitgeberverbande anzuschließen und bis dahin die Unterhandlung zu vertagen.

In Oberkochen, Zweigverein Hof, haben unsere Kollegen die Arbeit eingestellt; aber bereits nach achtstägiger Arbeitsruhe waren die Unternehmer bereit, mit uns zu verhandeln, wobei ein Vertrag zustande kam. Er dauert bis zum 30. Januar 1910 und sieht einen Stundenlohn von 44 1/2 vor, also 1/2 weniger als die Kollegen gefordert haben.

In Oberkochen, Zweigverein Hof, haben unsere Kollegen die Arbeit eingestellt; aber bereits nach achtstägiger Arbeitsruhe waren die Unternehmer bereit, mit uns zu verhandeln, wobei ein Vertrag zustande kam. Er dauert bis zum 30. Januar 1910 und sieht einen Stundenlohn von 44 1/2 vor, also 1/2 weniger als die Kollegen gefordert haben.

In Regensburg haben wir, wie bereits mitgeteilt, den Vertrag gekündigt, der am 1. Juli zu Ende geht. Aber jetzt

schon suchen Regensburger Unternehmer in österreichischen Zeitungen Maurerkolonnen, weshalb wir die Kollegen bitten, sich nicht über den 1. Juli hinaus zu binden.

In Würzburg haben die Arbeiter über eine Tiefbauwegen einer bevorstehenden Erhöhung die Sperrung verhängt, weshalb man uns sowie auch den Bauhilfsarbeitern die Ausperrung auf der ganzen Linie angedroht hat, wenn nicht bis zum 21. h. M. die Sperrung aufgehoben ist. Die Sperrung wurde nicht aufgehoben, und so haben die Unternehmer ihre Drohung am 22. Mai ausgeführt und Maurer und Bauearbeiter ausgesperrt.

In Zinzendorf und Gungenhausen, Zweigverein Nürnberg-Fürth, haben die Kollegen gleichfalls Lohnforderungen gestellt. In Zinzendorf fordern die Kollegen die neunzehnjährige Arbeitszeit sowie die Lohnläge, die im Nürnberger Vertragsgebiet bestehen. In Gungenhausen wird neben Zuschlägen für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ein Lohn von 45 1/2 pro Stunde gefordert. Die zehnjährige Arbeitszeit soll beibehalten werden.

Gau Oberschlesien.

Am 10. Mai traten unsere Kollegen beim Unternehmer Rogitz in Randzin, Zweigverein M.-C.-C., beim Neubau der Gasanstalt in einem Abwehrstreik ein. Der Unternehmer Rogitz verweigerte durch seinen Polier die hier vor drei Jahren abgeschlossene eifundige Arbeitszeit wieder einzuführen. Nach vierstägiger Dauer konnte die Sperrung wieder aufgehoben werden; da sich der Unternehmer bereit erklärte, die frühere Arbeitszeit weiter innezuhalten und außerdem 2 1/2 Kopernhöhung pro Stunde bewilligte. Der Lohn beträgt nun 34 1/2 pro Stunde. Mögen sich die C. C. Kollegen daran ein Beispiel nehmen. In Cujel, das nur vier Kilometer von Randzin entfernt liegt, wird beim Unternehmer Hoffmann am Bau des Landratsamts ein Tageslohn von 2,80 gezahlt; bei den andern Unternehmern 29 bis 30 1/2 Stundenlohn.

Gau Stettin.

In Anklam herrscht so eine Art Gottesfrieden. Die Unternehmer wollten durch die Forderung bei dem alten Lohnsatz einen verbotenen Marktart einrichten. Mehrere Verhandlungen haben stattgefunden; nach der letzten ist den Unternehmern nochmals ein Vertragsentwurf unterbreitet worden, und seitdem ist Ruhe. Die Arbeitslosigkeit ist nicht gut, doch dürfte die Aussicht, die Unternehmer hielten die Bautätigkeit künstlich zurück, sich auf nichts stützen können. Letzt nun schon wieder unbefriedigende Ausgange einen niederdrückenden Einfluß, so ist es um so mehr zu bedauern, daß es an einen Verammlungsort fehlt. In einem letzte uns ein früherer Kollege vor die Tür, daß zweite ist gerichtlich verurteilt; es ist unklar, ob wir so schnell ein Lokal wieder erhalten. Doch bei dem guten Geiste unter den Anklamer Kollegen werden sie auch dies übersehen und auch in der Lokalfrage Abhilfe schaffen.

In Görlitz haben unsere Kollegen den Bauarbeitern gegenüber die weitestgehende Solidarität, so daß es möglich war, am 15. Mai vertraglich einen Lohn von 22 1/2 für Hilfsarbeiter festzusetzen. Gegenüber der bisherigen Lohn von 25 bis 27 1/2 ein schöner Erfolg, der um so höher zu schätzen ist, als Görlitz der dritte Ort in Pommern ist, wo die Hilfsarbeiter als vertraglich gebundene Partei anerkannt sind.

In Westpreußen stehen bei sieben Unternehmern 28 Maurer, 3 Lehrlinge und 7 Hilfsarbeiter in Arbeit. Dem im Frühjahr gestellten Anträge auf Lohnhöhung schenken nur zwei Unternehmer Gehör. Als die Unternehmer am 17. Mai noch einmal ersichtlich um ihre Meinung befragt wurden, da hatten bis Mittag alle Unternehmer den Lohn von 47 1/2 pro Stunde anerkannt. Sie hatten wohl inzwischen gewittert, daß sich die Maurer auf den Streik vorbereitet hatten. Zur Sicherung dieses schnellen Erfolges bedarf es für die Folge der regsten Nacharbeit der Kollegen, besonders sollte man den vielen kleinen Unternehmern auf die Finger sehen. Vielfach werden Briefe abgemacht, mit denen nur bei Pflanzarbeit oder bei Lohnrückerlei ausgenommen ist.

In Wittich schweben seit dem 17. Januar die Verhandlungen. In einer am 28. April stattgefundenen Verhandlung bittigten die Unternehmer einen einheitlichen Lohnsatz von 45 1/2 für die 18 Bezirksorte zu, wollten aber für Kragwitz und Stolzenhagen nur 50 1/2 zahlen, obwohl die beiden Orte seit Mai 1908 zum Stettiner Gebiet gehören. Am 2. Mai stimmten die Kollegen dem Lohnsatz von 45 1/2 zu, worauf die Unternehmer bis zum 12. Mai die unbefugte Anerkennung ihrer Vorschläge forderten und andernfalls die Verhandlungen für beendet erklärten. Diese Stellung der Unternehmer ist um so sonderbarer, als die Ortsgruppe Wittich ebenio wie die Gruppe Stettin dem Arbeitgeberbund angehören. Eine am 13. Mai aufgenommene Bauekontrolle stellte fest, daß bei 16 Unternehmern, von denen 9 organisiert sind, 3 Poliere, 89 Gesellen und 3 Lehrlinge in Arbeit stehen. Von den Gesellen sind 47 organisiert. Unter dem Eindruck dieser Tatsache konnte am 15. Mai in der Versammlung keine rechte Stimmung zu energischem Vorgehen aufkommen. Unnumwendig wurde erklärt, man könne und wolle den Unorganisierten nicht immer das Recht vormachen, und so soll ohne Vertrag gearbeitet werden, bis auch die Unorganisierten zu Bestand kommen.

In Schwabewitz billigten die Unternehmer in einer am 9. Mai stattgefundenen Verhandlung eine Lohnhöhung von 1 1/2 zu, so daß heute 40 1/2 gezahlt werden; außerdem wurde die Stadtgrenze so festgelegt, daß alle umliegenden Dörfer als Landbezirk gelten, so daß bei Arbeiten in diesen Dörfern ein Landgehalt von 5 1/2 pro Stunde gezahlt werden muß. Bei der hiesigen Arbeit im Bezirk ist das ein Achtungserfolg, der bei der Agitation unter den Baubolleten seine Wirkung nicht verfehlen wird.

In Bad Schönlitz zahlte der Unternehmer Ringer den Unorganisierten statt 30 1/2 32 1/2 pro Stunde. Diese sind nun so fest davon überzeugt, daß dieser Erfolg ihrem Wohlverhalten zu danken ist, daß sie jede gemeinsame Aktion mit den Organisierten ablehnen. Seit dem 16. Mai sind unsere Mitglieder also fast in andern Bezirken in lohnende Arbeit eingetreten. Wird der Zugang nach dem Streikgebiet nach wie vor streng ferngehalten, so dürfte den Unternehmern die Ausperrung nicht bekommen. Eine Ausperrung vorzunehmen, weil die Maurer statt 30 1/2 35 1/2 pro Stunde fordern, ist eine solche Freivolität, daß jeder Arbeiter mit gesundem Empfinden solche Orte meiden.

Der in Stargard 1. Pomm. unter der Leitung der Poliere bestehende Fachverein der Maurer will 112 zahlende Mitglieder haben. Bei einem Beitrag von 50 1/2 pro Monat

sind Januar und Februar beitragsfrei. An Krankenunterstützung sind 1908 M. 120 ausgezahlt worden und ein Bestand von M. 1500 ist bei dreimonatiger Kündigung sicher angelegt. Mit klugen Verständnis ist festgelegt, daß eine Auflösung des Vereins nur erfolgen kann, wenn neun Zehntel der Abstimmanden dafür stimmen. Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erhebt der Verein ebenfalls, und da die Unternehmer mit uns jedes Verhandeln ablehnen, so hatte der Verein freie Hand, um in einer im Mai stattfindenden Verhandlung einen Lohn von 40 bis 47 1/2 festzusetzen. Eine am 21. und 22. Mai aufgenommene Bauekontrolle ergab folgendes Bild: Bei 8 Unternehmern stehen 21 Poliere, 191 Gesellen, 35 Lehrlinge und 112 Hilfsarbeiter in Arbeit. Von den Gesellen erhalten an Lohn: 1 50 1/2, 6 47 1/2, 73 46 1/2, 9 45 1/2, 34 44 1/2, 21 43 1/2, 14 42 1/2, 10 40 1/2, 16 36 1/2, 7 33 1/2. Weitere 23 stehen bei einem Freientwähler bezw. Nördenerger Unternehmen in Arbeit. Organisiert sind von den Polieren 18 im Fachverein, 1 im Verband, 2 sind unorganisiert. Von den Gesellen sind 56 im Fachverein, 102 im Verband und 33 unorganisiert. Demnach muß ein Teil der Gesellen — ungefähr 38 — sowohl im Fachverein wie im Verband Mitglied sein. Dem Fachverein ist der Vorschlag gemacht worden, eine gemeinsame Überwachungs- und Lohnkommission zu bilden. Mehr Einfluß würden wir schon lange in Stargard haben, wenn unsere Mitglieder in ihrer Mehrzahl nur etwas taftloser vorgehen würden und auch aus Eigenem in gleichförmiger Weise den mannigfachen Zumutungen der Unternehmer entgegenträten.

In Wolgast ist den Unternehmern die Ausperrung leid geworden. Am 18. Mai ist auf Antrag der Unternehmer zur Verhandlung: Der Wortlaut des bisherigen Vertrags bleibt bestehen. In einem Radius von 5 km wird vom 1. Juli 1909 bis 1. April 1910 ein Stundenlohn von 42 1/2 pro Stunde gezahlt. Darüber hinaus werden, inklusive Bandzulage von 6 1/2 pro Stunde, 48 1/2 gezahlt: Der Unternehmer Peters-Jagdring hat sich diesem Abkommen nicht angeschlossen. Dies Geschäft muß noch geprüft werden. Diesen schönen Erfolg verdanken die Wolgaster Kollegen ihrem einmütigen Zusammenhalt.

Im Bezirk Richtenberg-Franzburg ist es am 16. Mai zu einer nochmaligen Verhandlung gekommen. Nach einigen Hin und Her bewilligten die Unternehmer 42 1/2 in der Stadt und 44 1/2 über Land. Im übrigen bleibt es bei dem Wortlaut des bisherigen Vertrags. Besonders regelt sich die Preiszeit nach den bisherigen örtlichen Gewohnheiten. Die Arbeit ist am 17. Mai aufgenommen worden. Auch dieser Erfolg ist nur dem einmütigen Zusammenhalten aller Kollegen zu danken. Es wird jetzt Aufgabe der Kollegen sein, auf die überbare Haltung der „Franzburger Zeitung“ in gebührender Weise zu antworten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterbergehd darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitglieders und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugehen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 17. bis 22. Mai für folgende Mitglieder erteilt:

- Ernst Köchel-Kernberg, Verb.-Nr. 210 716; Peter Bachmann-Darmstadt (Frau), 327 107; Leop. Walther-Saalfeld, 361 402; Franz Wächter-Hof a. d. E., 392 086; Ernst Ammich-Werber, 163 203; Joh. Deberichs-Eblich, 147 623; Karl Heim-Schwenfurt, 100 089; Otto Höring-Schwimmede (Frau), 103 208; August Sander-Großenhain (Frau), 379 990; Herrn. Kleum-Dahlen i. E., 622 329; Gust. Sächler-Berlin (Frau), 6739; Aug. Rosenbaum-Berlin, 67 951; Julius Bahrg-Berlin, 452; Aug. Gärtner-Croffen, 128 941; Reinhold König-Berlin, 196 045; Delfe Stel-Worshöved (Frau), 173 760; Herrn. Wandhäger-Döbenburg i. Gr., 178 202; Georg Lang-Suttgraf (Frau), 46 960; Julius Droyff-Rudolfsbad (Frau), 97 812; Adolf Elsner-Freyhan, 230 603; Herrn. Braun-Neudamm, 89 488; David Elmsner-Danzig (Frau), 152 141; Joh. Ehr. Wünder-Nürnberg, 378 725; Paul Grumpel-Cassel, 334 483; Carl Schütler - Halberstadt, 78 363; Ferd. Zimmermann - Wrouberg, 56 811; Gottfried Thieme-Allstedt (Frau), 337 069; Wilh. Wamburg - Bremen (Frau), 15 414; Bruno Berger-Glogau, 130 380; Gottlieb Hängel-Sebnitz, 248 233; Karl Fuchs-Strelitz, 286 949; Karl Gehre-Dresden, 255 294; August Weher-Berlin (Frau), 45 275; Reinhold Kollau-Dawitzsch (Frau), 342 968; Friedrich Krüger-Wittenberge, 107 964; Traugott Fröhlich - Klosterlausitz, 298 808; Joh. Wilh. Hilbert-Pinna, 195 158; Herrn. Seinemann-Döherstedten, 150 211.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Befehlsbuch 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 16. bis 22. Mai 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Bahn M. 100. Präfisch 23,50. Vieren 29,79. Chemnitz 800. Deltisch 300. Deltisch Eilan 200. Detmold 100. Einbeck 33,95. Gellersdorf 100. Erfurt 310. Erding (vom Streit zurück) 68,00. Frankfurt a. d. E. 500. Glogau 100. Göttingen 590. Gommern 300. Gredeswülzen 100. Göttingen 153,42. Grotten 100. Heide 100. Herne 500. Hamm 240. Hildesheim 200. Hohenheim-Ermsthal 120. Harburg 300. Hechhof 170. Jena 400. Kirch 12,44. Kauten 47,08. Lörzack 100. Lichtentanne 100. Mithrasen i. Th. 300. Wollfen (vom Streit zurück) 78,01. Oshfeld 160. Potsdam 600. Preßig 29,74. Pöln 79,40. Preech 100. Regensburg 600. Reichel 300. Reichenthal 250. Rodenwe 150. Sarstedt 160. Stelle 55,30. Singen 96,88. Stolp i. P. 90. Scharberg 100. Stargard i. M. 50. Saarbrücken 800. Sebnitz 300. Senftenberg 197. Traumbitten 100. Werbau 400. Wilhelmshagen 600. Wurzen 360. Wittenberg 280.

b) Für Kalender. Stolp i. Pomm. M. 5.

c) Für Futterale.

Einbeck A. 3, Erfurt 10, Göttingen 10, Laufen 3, Senftenberg 3, Stolp i. Pomm. 2.

d) Für „Verbandsvereine“ von W. Kaufmann. Wahn A. 10.

e) „Die freien Gewerkschaften“ von Strichfeld. Wahn A. 9.

f) „Die christliche Arbeiterbewegung“ von A. Erdmann. Wahn A. 5.

g) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“. Wahn, Gommern und Schönebeck je 75 A.

h) Für Anzeigen im „Grundstein“. Sodtshet A. —45, Hannover 1,50, Hofensteine-Ernstthal —60, Jena 1,85.

Ausgeschlossenen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Grünberg i. Posen: Karl Schulz (Verb.-Nr. 76 322); Tobern: Carl Garmis (13 584); Weibensfeld: Billy Kaufmann (106 469), Otto Wöhlend (106 489); Wiesbaden: Jakob Schieferstein (268 789); Darmstadt: Wilhelm Weiser (327 486), Georg Wöhlner (227 681), Jakob Hofmann (261 207), Jakob Nees (275 693); Verbandsvorstand: Wilh. Traumann aus Gr.-Buchholz b. Hannover (Karten-Nr. 9083).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, uns seine Adresse mitzuteilen und seinen Verfassungen in Gladbeck und Düsseldorf nachzukommen (widerigensfalls er seinen Ausschluss zu gewärtigen hat), wird der Maurer Reinhold Bräutigam, geboren am 30. November 1884 zu Greifenberg (Verb.-Nr. 26 817). Weiter wird zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aufgefordert vom Zweigverein Spremberg: Ernst Nähler, geboren am 4. Juli 1860 zu Döblich, eingetretet am 15. Juni 1906 zu Spremberg (380 681).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Vorläufiges Ergebnis der Arbeitslosenzählung im Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zähltag: Sonnabend, den 24. April 1909.

Table with columns: Landesteil, Mitglieder, Befragte, Son den Befragten (Arbeitslos, Arbeitsmangel, Witterungsüberhältnisse, Krankheit). Rows include Brandenburg, Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen, Provinz Pommern, etc.

Von den Befragten fanden am Zähltag in Arbeit 93,88 pSt., arbeitslos waren insgesamt 6,12 pSt.; davon wegen Arbeitsmangels 3,28 pSt., wegen Witterungsverhältnisse 0,12 pSt. und erwerbsunfähig wegen Krankheit waren 2,72 pSt. Die Zahl der Zweigvereine, die nicht berichtet haben, hat sich wieder auf 91 erhöht. Wir verzeihen diese stiefbedauerliche Tatsache in der Erwartung, daß wir für die nächste Zählung eine Besserung auch in dieser Hinsicht feststellen können.

Vergleich der Ergebnisse in den vier Monaten.

Table comparing results for January, February, March, and April. Columns include: Monat, Zahl der Befragten, Zahl der Befragten pSt., Son den Befragten (Arbeitslos, Arbeitsmangel, Witterungsüberhältnisse, Krankheit).

Gau Dortmund. Konferenz am 16. Mai in H e r n e. Nachdem Kollege Bendler die anwesenden Delegierten, die Vertreter des Gaues und des Verbandsvorstandes und die anwesenden Gäste durch eine kurze Ansprache begrüßt und der Gesangsverein „Gemittiger Chor-Gerne“ ein stimmungsreiches Lied vorgetragen hatte, wurde die Konferenz vom Gauvorsitzenden gegen 11 Uhr eröffnet und die Tagesordnung festgelegt. Einleitend wies der Gauvorsitzende darauf hin, daß es das dritte mal hinter einander sei, daß die Konferenz bei ihren Sitzungen vor schweren Kämpfen gestanden habe. Wenn wir auch dem 1908 drohenden Stumpfe hätten aus dem Wege gehen können, so denken aber alle Mitglieder darauf hin, daß dies 1910 nicht der Fall sein werde, es gelte also unser Mühe zu prüfen, etwaige Mängel und Nöden auszumergen, um zum gegebenen Zeitpunkt schlagfertig zu sein; er hoffe deshalb, daß die heutigen Verhandlungen von diesem Geiste getragen sein würden, zum Nutzen unres Verbandes. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauvorsitzenden: a) des Vorsitzenden; b) des Kassierers; c) der Revisoren. 2. Lohnbewegung. 3. Agitation. 4. Schaffung möglichst einheitlicher Verwaltungseinrichtungen in allen Zweigvereinen des Gaues. 5. Anträge und Beschlüsse. 6. Neuwahl des Gauvorsitzenden und der Revisoren. 7. Zufüge zur Tagesordnung wurden nicht gewürdigt; auf Antrag wurde eine Änderung dahin beschlossen, daß Punkt 3 an zweiter und Punkt 2 an dritter Stelle verhandelt werden, sollen, um möglichst vielen Kollegen Gelegenheit zu geben, das Referat über Lohnbewegung anfragen zu können. Ins Bureau wurden gewählt die Kollegen Kahl und Wendler als Vorsitzende und Weise und Sunold als Schriftführer; in die Mandatsprüfungskommission die Kollegen Gerhart-Dortmund, Wehrhagen und Schade-Gerne. Beim Bericht des Gauvorsitzenden kam Kollege Kahl auf den Rückgang der Bautätigkeit zu sprechen, der sich im Gegensatz zu früher im Industriegebiet in ganz besonders scharfer Weise bemerkbar gemacht hat, wofür er einige Zahlen anführte. So habe u. a. das Rheinisch-westfälische Industriegebiet im Jahre 1908 über 55 Millionen Biegel weniger umgesetzt als 1907. Dieser Rückgang zeige sich auch an unsern Statistiken aus der Jahren 1905 bis 1908. In Dortmund zählte man 1905 1634 Maurer, 1908 nur 822; in Gelsenkirchen 567 gegen 253; in Münster 744 gegen 283; in Oberhausen 479 gegen 257; in Ruhrort 880 gegen 478; in Bochum 1947 gegen 1295; in Brambauer 180 gegen 42. Nach den vorliegenden Zahlen war die Zahl der beschäftigten Maurer im ganzen Gau im Jahre 1908 um 2000 geringer als 1905; dagegen ist die Zahl der beschäftigten Ausländer um 200 höher als 1905. Bauereignisse wurden in Dortmund erteilt 1905: 1403, darunter für 468 Wohnhäuser mit einer Baumasse von 11 720 000; 1906: 1641 Erlaubnisse für 675 Wohnhäuser mit 23 000 000 Baumasse; 1907: 1182 Erlaubnisse für 270 Wohnhäuser mit 10 800 000 Baumasse und 1908 nur noch 1075 Erlaubnisse für 228 Wohnhäuser mit unbekannter Baumasse. Wehnlitz habe es, abgesehen von einzelnen kleinen, in allen anderen Orten des Industriegebietes gelegen. Durch die Krise sei auch der Markenumsatz im ganzen Gau ungünstig beeinflusst worden, er betrug 1907 332 540, 1908 295 773, also 86 767 weniger. Neu aufgenommen wurden 1907 4959 Mitglieder, 1908 nur 3107, also 1952 weniger. Das sei zwar bedauerlich, liege aber in den ungünstigen Verhältnissen begründet. Unter diesen außerordentlich ungünstigen Verhältnissen habe auch der große Vertragsabschluß stattgefunden, der zwar niemand besträubt habe, wodurch aber nicht nur Lohnreduzierungen verhindert, sondern in einer ganzen Anzahl von Orten für eine beträchtliche Zahl von Kollegen Lohnreduzierungen erreicht wurden; vergleiche man dies mit den Vorgängen während der Krise von 1901, wo sich fast 80 pSt. unserer Kollegen im Gau Lohnreduzierungen von 2 bis 6 1/2 pro Stunde gefallen lassen mußten, so könne nach seiner Ansicht von einer Niederlage auf unserer Seite, keine Rede sein. Deshalb sei auch der Wunsch vieler Kollegen über diesen Vertragsabschluß durchaus nicht am Platze gewesen, was heute auch von den meisten anerkannt werde. Die Geduldlichkeit habe sich auch bei der Agitation und beim Versammlungsbuch stark bemerkbar gemacht, besonders seien untre Agitationsveranstaltungen nicht gut besucht gewesen. Auch die Kleinagitation und besonders die Flugblattverbreitung und Hausagitation lasse zu wünschen übrig. Da sich in diesem Jahre die Bautätigkeit gehoben habe, müsse alles getan werden, um nicht nur den durch die Krise erlittenen Verlust wieder wett zu machen, sondern auch die Indifferenten für die Organisation zu gewinnen, was nur durch einmütiges Vorgehen und Hand in Hand arbeiten mit den übrigen Bauberufen, besonders mit den Bauhilfsberufen, erreicht werden könne. Um unsere Kollegen weiterzubilden und über alle wichtigen Fragen aufzuklären, sei der Kreis unserer Referenten dahin erweitert worden, daß man neben den Angehörigen unres Verbandes noch eine Anzahl anderer Personen, Arbeitersekretäre, Parteireferenten usw., als Referenten gewonnen habe; zu bedauern sei, daß nicht alle Zweigvereine von dieser Einrichtung den genügenden Gebrauch machten. Redner betraf das Verhalten der Unternehmer, die Bestandteile deren wiederholte Versuche, seinerzeit das Zustandekommen des Vertrages zu verhindern oder doch zu verzögern, die beschriebenen Vertragsbestimmungen nachträglich zum Schaden der Arbeiter zu verschlechtern und deren verschiedene Vertragsbrüche, worin sich besonders die heftigen Unternehmer unter dem Kommando der Schmiedehaus-, Fris-Essen- und sonstiger Scharfmacher herorgetan haben. Dieserhalb mußte in der Berichtsvorlesung unres Referent zu Schreien übergegangen werden; die bei dem wirtschaftlichen Niedergang teilweise leider nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätten. Andererseits sei es aber dadurch gelungen, mit nichtorganisierten Unternehmern Verträge abzuschließen und Regelung der Arbeitszeit und Lohnreduzierungen zu erreichen. Eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für unsre auf den Begeh und Fabriken beschäftigten Kollegen ist in der Berichtperiode gleichfalls wiederholt versucht und teilweise ohne Arbeitseinstellung erreicht worden; beispielsweise auf Bege „Rein-Ebe“ in Gelsenkirchen pro Schicht um 20 A, auf dem Stahlwerk in Bochum von 50 auf 53 A pro

Stunde, womit erwiesen sei, daß auch hier untre Organisation sehr wohl einen Einfluß auf unsere Kollegen ausüben könne. Wo es bei diesen Versuchen zu Arbeits-einstellungen gekommen sei, habe sich die Unternehmern-organisation in ihrem wahren Bilde gezeigt. Erst verlangte sie von uns, dafür zu sorgen, daß die auf genannten Werken beschäftigten Bauarbeiter mindestens nicht zu niedrigeren oder schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten als bei ihren Mitgliedern, sobald wir über die eigenen leibhaftigen Wünsche dieser Unternehmer zu erfüllen suchten, fiel sie uns in den Rücken. (Was sich mit der Logik eines Schmiedehaus sehr gut zugetragen scheint. Der Schriftführer.) Im Gauvorsitzend man sich darüber einig, daß in Zukunft noch energischer versucht werden müsse, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bauarbeiter auf den Begeh und Fabriken zu regulieren und zu verbessern, weshalb auch schon Erhebungen über die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse dieser Arbeiter veranstaltet worden sind. Leider sei das Material bisher nur mangelhaft eingegangen; auf Zweigvereine hätten nichts eingelangt. Nach den eingegangenen Fragebogen sind auf 89 Werken 2195 Maurer festgestellt; auf 82 Werken ist der Stundenlohn um 1 bis 10 A reduziert; der Schichtlohn schwankt zwischen 4 bis 5,30; die Arbeitszeit beträgt acht bis zehn, teilweise auch noch elf bis zwölf Stunden, Beeinflußt durch den langen Winter sei die Mittagspause des Gaues im ersten Quartal 1909 gegenüber demselben Quartal 1908 noch zurückgegangen; je länger im ersten Quartal 1908 7536, im ersten Quartal 1909 6879. Im Gegensatz zu 1908 sei in diesem Jahre die Bautätigkeit in den Städten bedeutend besser als in den Dörfern. Ein Protest der zahlreichsten Gelsenkirchen, der sich gegen die Entlassung der Verbandsfunktionäre zu der Einführung des Arbeitsnachweises der Unternehmer des Baugewerbes im Industriegebiet richtete, gelangte zur Verlesung und damit ist auch diese Frage aufgerollt. Der Gauvorsitzende begründete und rechtfertigte die Entlassung der Funktionäre, wies an der Hand von Beispielen nach, daß in dieser Angelegenheit nicht anders gehandelt werden konnte, wie geschehen und gab Aufweisung, welche Taktik unreserseits dieser Entscheidung gegenüber einzuschlagen ist (wobei besser die Delegierten in den Mitgliederversammlungen selbst recht eingehend berichten). Der Schriftführer.) Es wird im Anschluß hieran vom Gauvorsitzenden der Kasienbericht von den Jahren 1907 und 1908 gegeben. Hiernach betrug die Gesamteinnahme einschließlich Kasienbestand von 1906 im Jahre 1907 M 12 274,70; die Ausgabe M 6647,93. Der Kasienbestand am Schluß 1907 M 5727,32. Gesamteinnahme 1908 M 12 941,65; Ausgabe M 7479,36; mit dem Kasienbestand am Schluß 1908 M 6482,22. Im ersten Quartal 1909 betrug die Einnahme M 7138,48, die Ausgabe M 1367,72; der Bestand M 5768,76. Die Zweigvereine über-herzten ab an Beiträgen für die Gaukasse laut Statut 1907 M 5770,15, 1908 M 4641,99. 1908 also M 1128,16 weniger. Der Kassierer rügte die nicht rechtzeitige Begleichung der Rechnungen einiger Zweigvereine, deren Namen er bekannt gibt. Aus der nun folgenden Diskussion ergab sich, daß die Delegierten, abgesehen von einigen Wünschen von untergeordneter Bedeutung, mit der Tätigkeit des Gauvorsitzenden einverstanden sind. Nach der Mittagspause gab Wehrhagen den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Der Verbandsvorstand ist durch den Kollegen Wöhlburg, der Gauvorsitzend durch die Kollegen Kahl, Weise, Wendler, Pfaffenberg und Sunold, die Revisoren durch den Kollegen Pfaffenberg vertreten. Von 19 Zweigvereinen sind 56 Delegierte anwesend. Ferner ist der Gauvorsitzende der Bauhilfsarbeiter, Kollege Peters, als Gast anwesend. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt. In der weiteren Diskussion wurde genehmigt, daß dieser Kasienbericht noch nachträglich und alle späteren Berichte zur Gaukonferenz gedruckt vorgelegt würden. Das wurde zugesagt; dieser Kasienbericht soll durch Zuführung der betreffenden Nummern des „Grundstein“, worin er veröffentlicht ist, zugänglich gemacht werden. Der Revisor berichtet, daß er die Kasienführung stets in bester Ordnung gefunden habe; auf seinen Antrag wurde dem Gauvorsitzenden einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf referierte Kollege Bendler über den zweiten Punkt: „Agitation“; lieber Agitation muß immer wieder gesprochen werden, weil die Frage, wie viel Beschäftigte im Verufe vorhanden und wie viel von diesen ihrer Berufsorganisation angehören bei unrem Kämpfen eine ausschlaggebende Rolle spielt. Da nun der letzten Gewerkschaft in Deutschland 400 000 Maurer beschäftigt werden, wovon im ganzen circa 200 000 organisiert sind, bleiben noch circa 200 000 übrig, die den Organisationen noch fernstehen und daher eine gewaltige Macht für das Unternehmertum darstellen. Schon hieraus ergibt sich für jeden Beschäftigten die unbändige Notwendigkeit, die Agitation nachhaltiger zu betreiben. Es sei nun bei manchem die Ansicht aufgetaucht, daß die großen wirtschaftlichen Kämpfe durch die Entlastung des Tarifwesens ein überwindener Standpunkt seien. Dieser Ansicht ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Das Verhalten der Scharfmacher, besonders auch der im Baugewerbe, beweist das Gegenteil. Es ist auch die Frage aufzuwerfen, ob und wieviel von den noch vorhandenen Indifferenten organisationsfähig sind. Die schlechtesten sind auf mindestens 150 000 zu schätzen. Hiernach möge man ermaßen, welche gewaltiges Stück Aufklärungsarbeit noch zu leisten ist. Es ist zu bedenken, daß untre organisierten Berufsorganen durch verschiedene Organisationsrichtungen-geschäftigt sind, wodurch die notwendige Stohkraft gewaltig beeinträchtigt wird. Diese Beschäftigung ist bei den Unternehmern nicht vorhanden, was diesen außer andern wichtigen Momenten eine nicht zu unterschätzende Ueberlegenheit den Arbeiterorganisationen gegenüber sichert. Deshalb ist auch der Gedanke des Zusammen-schlusses aller Berufsangehörigen in einer einheitlichen Organisation in viel stärkerer Maße zu propagieren. Für die Notwendigkeit, uns immer erneut mit der Agitation zu befassen, kommt noch in Frage die Tatsache, daß auch untre Organisation durch die Krise einen bedauerlichen Verlust an Mitgliedern erlitten hat und weiter, daß die baugewerbliche Arbeiterkraft im Frühjahr 1910 vor erneuten großen Tarifverhandlungen steht und damit sehr wahrscheinlich in Baugewerbe nicht gekannt hat. Wie heute die Verhältnisse in unrem Verufe liegen, wird in der Regel und in erster Linie die Kleinagitation auf den Arbeitsstellen, die ganz-

agitation usw. in Betracht kommen. Um aber für diese die geeigneten Grundlagen zu schaffen, ist in erster Linie notwendig, daß das Baulegiertentum weit besser ausgebildet werde. Das ist um so notwendiger, als es im höchsten Grade noch die organisierten Kollegen gibt, die die Notwendigkeit des regelmäßigen Beitragszahlens, des An- und Abmeldezeit nicht erkannt haben und auch sonst der Ermunterung und Hilfe bedürftig sind. Bei dieser Einrichtung werde die Ende vielfach beim besten Ende angefaßt, indem sehr oft die ungeeigneten, d. h. noch verhältnismäßig junge, im Alter nicht besonders befähigte, auch wohl leicht erregbare Kollegen mit solchen Kosten betraut werden. Es ist klar, daß bei solchen Umständen der gewollte Zweck nicht erreicht werden kann. Man darf sich bei der Agitation auch nicht mit allerlei Unbekanntheiten, Brütalität, Verletzung des religiösen und politischen Empfindens, zu persönlichen Anfeindungen u. a. m. hinreichend lassen, sondern soll in kollegialer Weise an die Kollegen herantreten, ihnen ruhig und sachlich alle für uns in Betracht kommenden Momente und Notwendigkeiten auseinandersetzen. Am eine Agitation in gedachter Weise entfalten zu können, bedarf es eines gewissen Maßes von Wissen und Fähigkeiten, das unseren Kollegen vielfach noch fehlt. Man sollte darum in unsern Zweigvereinen und Zirkeln möglichst oft und vielfältige Konferenzen halten lassen, die Mitglieder pflegen und, da bei vielen Kollegen über die Entstehung und Entwicklung unserer Verbände Unkenntnis herrscht, so möchte möglichst bald die Geschichte der deutschen Mauererbewegung neu herausgegeben werden. Der Verbandsvorstand ist aufzufordern, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zwecks Errichtung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse in verschiedenen Landesteilen in Verbindung zu setzen, damit mehr für die Agitation befähigte Kräfte herangebildet werden können. Des weiteren ist der Verbandsvorstand zu beauftragen, eine Materialsammlung einzurichten, damit den schon gegenwärtig in der Agitation tätigen Personen das notwendige Material in übersichtlicher, geordneter Weise gestellt werden kann, da es diesen vielfach an der hierfür nötigen Zeit fehlt. Außerdem ist nötig, eine Verständigung zwischen den Vorständen der Bauarbeiterorganisationen über die Angliederung der verschiedenen Spezialgruppen im Baugewerbe und demnach ein geeignetes Flugblatt für die in der Beton- und Zementindustrie beschäftigten Arbeiter. In der Diskussion erregte ein Delegierter der Fliesenleger um mehr Unterstützung in der Agitation durch Gausvorstand und Maurer und Zuziehung eines Fliesenlegers zu den Gausvorstandsitzungen. Ein anderer Redner wünschte die Unterstützung der italienischen Kollegen über Legitimationszwang und Ausweisungsbefugnis der deutschen Behörden. Bismarck hielt die Einführung der erwähnten Unterrichtskurse zurzeit nicht für durchführbar, wofür er die Gründe anführte; die Geschichte der deutschen Mauererbewegung neu herauszugeben, sei geplant. Bezüglich der Betonarbeiter wurde u. a. auf die Konferenz in Berlin verwiesen. Weiter wurde Klage geführt, daß die in Deutschland arbeitenden Italiener so schwer für die Organisation zu haben sind und daß sie die bezüglichen Verordnungen vielfach Unkenntnis der deutschen Sprache vorziehen. Hierbei wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, mehr Kräfte heranzuziehen, die der italienischen Sprache mächtig sind. Dem wurde entgegengehalten, daß nach dieser Richtung gesehen sei, was möglich war. Im übrigen müßten die Italiener sehr gut, daß hier in Deutschland für die Organisationen bestehen; daß sie sich diesen angeschlossen hätten, und wo der Anschluß vollzogen werden könne; es sei aber bequemer, hier in Deutschland die Löhne einzufordern, die die Einheimischen unter schweren Opfern erkämpfen müßten. Man müsse durch solches Verhalten der Italiener notwendig zu der Überzeugung gelangen, daß sie aus reiner Bösartigkeit unsern Organisationen fernbleiben; hiernach sei nur noch zu empfehlen, sie demgemäß zu behandeln. Peters, Bauarbeiter, wünschte ein Handbinderarbeiten aller Maurer und Bauarbeiter in der Weise, als ob die Werkmänner schon vollzogen sei, damit später nur noch die Formalitäten erledigt zu werden brauchten. Im Schlußwort bezweifelte Wendler, daß die erhobenen Einwände gegen einige seiner Anträge stichhaltig seien, und beantwortete nochmals deren Annahme. Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde der Antrag Essen, zu den Gausvorstandsitzungen in Arbeit stehende Kollegen zuzuziehen, abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der die Regelung des Anschlusses der Spezialgruppen durch die Vorstände verlangt, wurde gleichfalls abgelehnt. Ein Antrag, der die Anstellung eines italienischen oder dieser Sprache mächtigen Kollegen für das hiesige Gebiet verlangt, wurde abgelehnt. Die Anträge, die sich auf die Materialsammlung, Neuaufgabe der Geschichte der Mauererbewegung in Deutschland und Herausgabe eines Flugblattes für die Betonarbeiter beziehen, wurden angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß das Material über die auf Heiden und Fabriken beschäftigten Maurer zu einem Flugblatt bearbeitet werden soll. Das Referat zu Punkt: „Lohnbewegung“ hielt Kollege Bismarck. Er trat einen kurzen Rückblick auf die Bewegung 1907 in Berlin und die Tarifabschlüsse 1908, indem er die Ursachen über deren Verlauf und die bei diesen Bewegungen beobachteten Fehler und Mängel besprach und zeigte, was not tut, um in Zukunft derartige Erscheinungen zu vermeiden. Dann kennzeichnete er die gegenwärtige Situation, wie wir uns für die kommenden Tarifabschlüsse vorbereiten können, und in welcher Weise diese Vorbereitungen am schnellsten und sichersten getroffen werden können. Zum Schluß sprach Kollege Bismarck die bestimmte Erwartung aus, daß hiernach jeder Teilnehmer den Ernst der Zeit begriffen haben und auch demgemäß handeln werde. (Ueber die Einzelheiten dieses Vortrages mögen die Delegierten selbst recht ausführlich in den Mitgliederberatungen Bericht erstatten. Der Schriftführer.) Von einer Diskussion dieses Vortrages wurde abgesehen. Ueber Punkt 4 berichtete Kollege Raßl, daß eine Umfrage ergeben habe, daß die Verwaltungsmassnahmen der Zweigvereine und Zirkeln unsern Gaus bezügliche Bedürfnisse aufweisen, daß mehr Einseitigkeit dringend geboten erscheine; als Beweis dieser Verschiedenartigkeiten führte er das Ergebnis der Umfrage ein. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Zeit schon zu weit vorgeschritten sei, um diese An-

gelegentlich genügend zu hören. Es wurde deshalb dem Gausvorstand aufgegeben, bis zur nächsten Konferenz ein Musterreglement auszuarbeiten. Ein Beschluß der vorigen Gauskonferenz, daß in allen Zweigvereinen unsern Gaus Zuschlagsbeiträge in Höhe von 10 S zu erheben sind, wurde durch nochmaligen Beschluß erneuert. Zu Punkt 5 lagen Anträge nicht vor; außerdem kamen nur noch einige Wünsche von untergeordneter Bedeutung zum Ausdruck. Unter anderem regte Müller-Duisburg an, ob es in Anbetracht der Unruhe nicht angebracht sei, bei künftigen beratigen Konferenzen das Verabfolgen von Beiträgen während der Verhandlungen überhaupt zu unterlassen und die Zahl der Zuhörer zu beschränken. Das soll in Erwägung gezogen werden. Bei der Neuwahl des Gausvorstandes und der Revisoren wurden gewählt: als Gausvorstand Kollege Raßl und als Kassierer Pfaffenberg, als Revisoren die Kollegen Kutz, Gottschalk und Wolf. Kollege Raßl teilte mit, daß am 1. Juli eine Bauarbeiterkongress-Konferenz für Rheinland-Westfalen stattfinden soll, worüber das Nähere noch bekannt gegeben wird, und erstuchte um deren zahlreiche Bestätigung. Die drei Zweigvereine Borsdorf, Pippstadt und Weßel waren auf der Konferenz nicht vertreten; von Weßel ist allerdings eine Entschuldigung eingegangen. Den anderen beiden Zweigvereinen sprach die Konferenz ihre entchiedene Mißbilligung aus. Nach einem ansehnlichen Schlußwort des Kollegen Raßl wurde die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf unsern Verband, um etwa 8 1/2 Uhr geschlossen.

Karl Hunold, Schriftführer.

**Borsdorf.** Am 8. Mai tagte im „Kaffeebaum“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Ein Vortrag des Kollegen Jacob-Beipzig über die Verschmelzung der Bauarbeiterorganisationen wurde beifällig aufgenommen. Darauf berichtete Kollege Lehmann über unsere Lohnbewegung. Der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hank in Pannitzsch brauchen notwendig Maurer, wollen aber den mit den anderen hiesigen Unternehmern abgeschlossenen Vertrag nicht anerkennen. Wilhelm verbreitet das Gerücht, daß es nur an unserm Vorhaben liege, daß er nicht unterschreibe. Aber als darauf Kollege Lehmann mit ihm unterhandelte, legte er ihm einen Vertrag vor, den wir nicht anerkennen können. Kollege Jacob betonte, daß die Bauten dieser beiden Unternehmer unbedingt gespart werden müßten. Dem stimmten sämtliche anwesenden Kollegen zu. Leider haben sich aus unsern Reihen einige Streikbrecher gefunden; sie sind nicht zu bewegen, die Arbeit bei Wilhelm einzustellen. Zwei bisherige Verbandsmittglieder, Hermann Jenisch, Buch-Nr. 09 578 und Hermann Weismann, Buch-Nr. 240 376, wurden deshalb ausgeschlossen. Ferner wurde der Kollege Karl Altner, Buch-Nr. 37 337, ausgeschlossen, der am Schlußbau in Sommerfeld überliefert gearbeitet hatte. Das wurde in der vorliegenden Versammlung gerügt. Darauf antwortete er: „Ihr Kaufleuten und dummen Jungen! Was ihr mir vormachen wollt, das habe ich schon lange an den Stiefelsohlen abgelassen“, und verließ die Versammlung. Er wurde brieflich eingeladen, in dieser Versammlung die Beleidigungen zurückzunehmen, was aber nicht erfolgte.

**Darmstadt.** Am 17. Mai referierte Kollege Lübbing-Wiesbaden in einer gut besuchten Zweigvereinsversammlung über die Thematik: 1. Die wirtschaftliche Lage im Baugewerbe und die nächsten Aufgaben der Organisation. 2. Die Generalversammlung der Unternehmerorganisation in Cassel. Kollege Lübbing zeigte in seinem padenden Referat, in welchen Bahnen sich unsere Wirtschaftspolitik bewegt. Pflicht eines jeden Kollegen sei es, sich mehr als bisher um die Zusammenhänge des Wirtschaftswesens zu kümmern, um sie verstehen zu lernen. Uebergehend zur Generalversammlung der Unternehmerorganisation in Cassel, betonte Lübbing, daß sich die Maurer Deutschlands ein Beispiel nehmen sollten, an der regen Organisationsarbeit der Unternehmer im allgemeinen. Die Krankheit der Kollegen müsse verschwinden, neues Leben auf der Baustellen und in den Versammlungen Platz greifen, um den Unternehmern zu zeigen, daß die Maurer gewillt seien, die gefassten Sparpläne im Jahre 1910 zu nichte zu machen. Mit dem Appell an die Anwesenden, sich mehr an der Organisationsleitung zur Mitarbeit zu Verfügung zu stellen, und sich mehr der geistigen Ausbildung zu widmen, schloß Lübbing seinen feinsinnigen Vortrag ab. Nach einer kurzen Diskussion, in der sich der Gausleiter der Bauhelfer, Kollege Hempel aus Frankfurt a. M. und Kollege Delp aus Darmstadt beteiligten, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

**Eggen.** Am 22. Mai sollte hier eine Mauererverammlung tagen, um sich mit Angelegenheiten der hiesigen Ortskrankenkasse für Maurer zu beschäftigen. Seit längerer Zeit sind die Kollegen mit den Zuständen der Krankenkasse nicht zufrieden; Beschwerden in jeder Beziehung wurden laut. Eine Versammlung abzuhalten, hält der Vorstand der Kasse schon länger nicht für nötig. Einige Kollegen hatten es nun unternommen, durch Zirkular sämtliche Kassensmitglieder zu einer Protestversammlung gegen diese Zustände einzuladen. Es sollte eine Aussprache erzielt und eventuell Schritte unternommen werden, um Abhilfe zu schaffen sei. Als nun die Versammlung stattfinden sollte, mußten die anwesenden zehn Kollegen die Erfahrung machen, daß die Mitglieder der Maurerkrankenkasse mit Schlußlicht nicht zu kämpfen haben. Nach dem Versammlungsbefehl zu urteilen, sind die Mitglieder der Kasse überhaupt nicht gewillt, andre Zustände als die vorhandenen zu schaffen. Die anwesenden Kollegen erlitten denn auch keine Notwendigkeit, die Mitglieder der Kasse weiter zu befehligen, es wurde von weiteren Schritten in dieser Sache Abstand genommen.

**Frankfurt a. d. O.** Die am 10. Mai stattgefundene Versammlung trat wieder sogleich beschuldigt, obwohl in derselben die Lohnbinden kontrolliert werden sollten, um festzustellen, ob am. vorigen Sonnabend und die festgesetzte Erhöhung des Lohnes erfolgt sei. Die Kontrolle ergab, daß die Lohnverhöhung nicht in vollem Umfang getätigt worden ist. Es wurde beschloffen, die Lohnbinden dem Vorsitzenden der Unternehmer zu unterbreiten, damit er seine Kollegen

zur Zahlung des festgesetzten Lohnes veranlassen kann. Pflicht der Kollegen aber muß es sein, sofort selbst bei ihrem Unternehmer vorstellig zu werden, wenn ihnen der vereinbarte Lohn nicht gezahlt wird. Leider herrscht unter den Kollegen große Interesselosigkeit, die durch den erheblichen Zug auswärtiger Kollegen noch vergrößert wird. Obwohl der Zug gemindert worden ist und in der Umgebung Maurer genügend gesucht werden, sieht doch alles nach hier: Wieder mitzuarbeiten an der Verbesserung der hiesigen Verhältnisse sollte jeder Kollege als seine heiligste Pflicht erachten.

**Frankfurt a. M.** Am 16. Mai tagte im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung des Zweigvereins, in der neun Punkte zur Beratung standen. Vertreten waren: der Gausvorstand durch zwei, der geschäftsführende Ausschuss durch fünf Mitglieder und zwei Revisoren, die Sektionen der Malber, Fliesenleger, Zementure durch je einen, der Arbeitsort Offenbach durch einen und 77 Zirkelstellen durch 81 Delegierte. Kollege Wilhelm Schneider erläuterte zunächst, da mehrere neugewählte Delegierte anwesend waren, die Aufgaben der Generalversammlungsdelegierten. Dann gab er den Geschäftsbericht. Das erste Quartal d. J. war wohl eins der schwersten für die Organisation seit ihrem Bestehen. Die Arbeitslosigkeit im vorigen Jahre und der langwierige Winter haben Not und Elend in die Familien der Kollegen gebracht und dadurch hemmend auf die Agitation gewirkt. Wohl haben wir im Januar damit begonnen und zehn Bezirkskonferenzen abgehalten, aber leider hat ein Teil der Zirkelstellen daran nicht teilgenommen. Gerügt muß werden, daß den sonstigen Anträgen zu wenig Beachtung geschenkt wird; dies erschwert die Arbeit sehr. Verhandlungen waren infolge des langen Winters im ersten Quartal nicht möglich, nachträglich sind in einigen Orten Vorbereitungen getroffen und in Gattersheim und Bad Godes bereits Arbeitsstellen borgenommen worden; zu einem Resultat haben sie jedoch bis jetzt noch nicht geführt. Den Kasienbericht erläuterte Kollege Karl Schneider. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse betragen 4 943,30. Für die Lokalasse betragen die Einnahmen inklusive Kasienbestand 4 80 977,19, die Ausgaben 4 749,08, wovon 4 401,25 auf die Bezahlung der Beiträge arbeitsloser Kollegen durch die Zweigvereinskasse entfallen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des ersten Quartals 6542. Es ist also ein Rückgang zu verzeichnen, der in der Hauptache daraus zurückzuführen ist, daß 124 Kollegen abgetreten sind und ferner die Zirkelstellen Bad Orb, Neuhof und Nomsdal mit 114 Mitgliedern an den Zweigverein Fulda angegliedert worden sind. Der Kassierer wies dann auf die immer wieder gemachten Fehler in den Abrechnungen hin, die leicht vermieden werden könnten, auch die zu späte Abrechnung müsse in Zukunft unterbleiben, man solle sich doch endlich an Ordnung gewöhnen. Für die Revisoren berichtete Kollege Dörmann, er erklärte, Bücher und Belege in Ordnung gefunden zu haben. An der Diskussion beteiligten sich sieben Kollegen, die teils Anträge stellten, die vom Kollegen W. Schneider beantwortet wurden. Zur Arbeitslosenstatistik sprach Kollege Zimmer. Schon die Konferenzen im Januar haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Soll aus der Statistik etwas Brauchbares werden, so müssen alle Zirkelstellenverwaltungen gewissenhaft mitarbeiten. Durch die Erhebungen soll geprüft werden, inwieweit unsere Kollegen arbeitslos sind. Daraus läßt sich feststellen, ob der Frage der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung näher getreten werden kann. Aber auch unsern Vertretern in den Parlamenten kann dadurch brauchbares Material zur Verfügung gestellt werden, um die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus Staatsmitteln zu begründen. Interessant ist es auch, die Verschiebungen der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Monaten beobachten zu können. Die Feststellungen ergaben, daß im März 78,57 pSt. in Arbeit und 21,43 pSt. arbeitslos waren; in unserm Zweigverein waren aber 89,6 pSt. in Arbeit, bei uns war also die Arbeitslosigkeit geringer als im Gesamtdurchschnitt. Ueber die Spezialgruppen führte Kollege W. Schneider aus: Seit dem Jahre 1904 machte sich die Teilung und Spezialisierung immer mehr bemerkbar und entwickelte sich immer rascher. Infolge dieser Entwicklung bildeten sich die Sektionen, und haben wir heute deren sechs zu verzeichnen, und zwar Fliesenleger, Malber, Zementure, Kanal-, Kamin- und Klinkelamauerer. Durch die Spezialisierung kann der einzelne Arbeiter sich größere Fertigkeiten aneignen, er wird leistungsfähiger und damit kommt das Bestreben, höhere Löhne zu erzielen. Wir haben denn auch für alle Gruppen höhere Löhne als im Hauptberufe tariflich festgelegt, nur werden sie nicht scharf genug durchgeführt. An der Diskussion beteiligten sich acht Kollegen, die Eingefälle aus den Sektionen schilderten und entschieden die Hochhaltung der Tarife forderten. Zum Punkt Vereins- und Versammlungsweisen regte Kollege W. Schneider an, in den Zirkelstellen ein reges Vereinsleben zu pflegen. In den Versammlungen in den Hauptarbeitsorten können nicht alle Kollegen teilnehmen, deshalb müssen sie in den Zirkelstellen über alle wichtigen Vorgänge unterrichtet werden. Ein wirksames Hilfsmittel in der Agitation ist die Kontrolle der Mitgliederbücher auf den Arbeitsstellen, deshalb muß darauf überall ganz besonderes Gewicht gelegt werden. Sollten wegen Vornahme der Kontrolle irgendwo Kollegen gemahnt werden, so tritt die Organisation für sie ein und unterstützt sie. Auch die Zirkelstellenverwaltungen müssen über die Einhaltung der Tarife in allen Orten wachen helfen. Ein Antrag der Zirkelstelle Kangerhols, der Zweigverein möge einen Zuschuß zu den Kosten für das Gewerkschaftsblatt gewähren, wurde abgelehnt, nachdem Kollege W. Schneider erklärt hatte, daß der Zweigverein bis jetzt nur Zuschüsse zu den Arbeitersekretariatsgewähre, die Kosten für die Partelle überall von den in den Zirkelstellen verbleibenden Prozenten gedeckt würden. Hierauf wurde an Stelle des in der letzten Generalversammlung als Schriftführer in den Zweigvereinsauschuss gewählten Kollegen Georg Jafel aus Eberdingen, der entgegen den vertraglichen Bestimmungen elf Stunden arbeitet und keine Auszubildung besucht hat, der Kollege Jakob Kniggs aus Egelshaus mit 64 Stimmen in den Ausschuss gewählt. Kollege Michel Braun-Frankfurt erhielt 26 Stimmen. Kollege U. Herrmann sprach über: „Partei- und politische Organisation“. Eine der wichtigsten Waffen im wirtschaftlichen Kampfe ist die

Arbeiterpreise, aber leider unterläßt noch sehr viele Kollegen die ungeliebten Wäcker, ohne einzusehen, daß diese ja, wenn die Interessen der Arbeiter mit ihnen liegen, nur ein Mittel sind, um den Schwindel der Preisverbandspreise über die 20 Millionen Mark für Verwaltungskosten in den Gewerkschaften im Jahre 1907 hinwegzuweisen, um die verheerenden Tätigkeiten der gewerkschaftlichen Zeitungen zu erkennen. Aber auch sonst würden diese Wäcker stets gegen die Interessen der Arbeiter, z. B. wurden im „Sächsischen Kreisblatt“, als wir wegen Nichtzahlung des Tariflohnes die Arbeit in Seltersheim niederlegten, sofort unorganisierte Maurer gesucht; so geht es fast überall. Aber auch die politische Organisation wird immer mehr zur Notwendigkeit. Wenn man die Vorgänge der letzten Session in den deutschen Parlamenten beobachtet hat und sich die einzelnen Vorlagen, wie die Gewerbeordnungs-Novelle, Vergeseknovelle, Arbeitskammerngesetz, Entwurf, Reichsfinanzreform, Reichsversicherungsordnung vor Augen führt, so sieht man sehr bald ein, daß neben dem wirtschaftlichen Kampfe der politische ebenfalls notwendig ist. Will man aber über alle diese Vorgänge genau und in der richtigen Weise unterrichtet sein, so muß man unbedingt die Arbeiterpresse, d. h. die sozialdemokratische Parteipresse, lesen. Es ist deshalb Pflicht aller Delegierten, unermüdet für die weitere Verbreitung der Parteipresse sowie der politischen Organisation zu agitieren. — Kollege Mad. Offenbach bedauerte, daß namentlich auch in Offenbach die Affordarbeit Eingang finde und ersuchte die Delegierten, mit aller Entschiedenheit der weiteren Verbreitung der Affordarbeit entgegenzuarbeiten. Der Vorsitzende Schneider ermahnte zum Schluß, alles Gehörte zu beherzigen und dauernd für den weiteren Ausbau der Organisation einzutreten.

**Szene-Neulingshausen.** Vertragstreue der Unternehmer. Die Firma Kuba Kamp aus Dortmund führt auf der Fache Maister bei Marl einen Neubau aus. Die Arbeitszeit beträgt elf Stunden. Die dort beschäftigten Maurer sind der eigenen Angabe nach christlich organisiert. Die Firma Martin & Saul aus Gelsenkirchen hat bisher die tarifliche Arbeitszeit eingehalten. An dem von ihr jetzt in Hils in der Körnerstraße begonnene Neubau läßt sie zu fünf Stunden arbeiten. Diese verlängerte Arbeitszeit ist eingeführt auf Verlangen der dort beschäftigten christlich organisierten Maurer. Es ist dies dieselbe Kolonne, die schon bei der Firma Westhoff & Ringberg zwölf Stunden arbeitete. Der Bauunternehmer Kötter in Solingen zählt statt des tariflichen Lohnes von 55  $\frac{1}{2}$  nur 52  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn. Neben zwei oder drei unorganisierten sind dort nur christlich organisierte Maurer beschäftigt. Eine ihrer früheren Kolonnen ist dort Polier.

**Kattowitz.** Am den 12. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung erkrankte der Kassierer den Kassenerbericht für das erste Quartal. Auf Antrag des Kollegen Franke (Revisor) wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann wurden zu der am 20. Mai stattfindenden Generalversammlung 13 Delegierte gewählt. Vom Gewerkschaftsstand lag eine Beschwerde vor über den unregelmäßigen Besuch der Unterrichtsabende des Leses- und Diskussionsclubs durch unsere Mitglieder. Es wurden zwei Kollegen neu in diesen Klub gewählt. Zum Schluß machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß der Beitrag zur Kollafasse und auch der Mitgliedsbeitrag nicht ein freiwilliger, sondern ein obligatorischer für alle Mitglieder sei.

Am 20. Mai tagte im großen Saale der „Reichshalle“ eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung, in der Kollege Bömelburg über das Thema: „Der Kampf ums Dasein“ referierte. Zur Charakteristik der oberflächlichen Verhandlungen wies Kollege Bömelburg eingangs seines Vortrages darauf hin, daß die Versammlung, obwohl sie eine gewerkschaftliche sei, aus tatsächlichen Gründen als eine politische Versammlung habe angemeldet werden müssen, um zu verhindern, daß sie unter dem Vorwande, es handle sich um eine nicht angemeldete politische Versammlung, polizeilich inhaftiert werde. Die Folge aber sei, daß nun der überwachende Beamte die jugendlichen Kollegen aus der Versammlung habe ausweisen können. In seinem Vortrage schilderte Kollege Bömelburg dann den Kampf der Arbeiter um ihre Existenz, besonders auf die Lage der Arbeiter in Ober-Schlesien verweisend. Nur durch den Zusammenschluß in starken Organisationen könne die Arbeiterklasse eine Verbesserung ihrer Lebenslage, eine Teilnahme an den Erzeugnissen der Kultur erreichen. Es sei an der Zeit, daß auch die Maurer Ober-Schlesiens sich befreien vom Banne der Gleichgültigkeit und tüchtige Mitkämpfer in der Arbeiterbewegung würden. In der Diskussion sprachen die Kollegen Koch, Glomania und Nisch, die besonders die Verhandlungen in Ober-Schlesien kritisierten. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die sehr interessante Versammlung geschlossen.

**Königs i. Westpr.** Am 16. Mai tagte in unserm Vereinslokale eine Versammlung des Zweigvereins. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten wir das Andenken des verstorbenen Gauleiters Schwarz. Alsdann verlas der Kassierer die Rechnung vom ersten Quartal. Von den Revisoren wurde ihre Tätigkeit bestätigt, worauf der Kassierer entlastet wurde. Da eine andre Verteilung der Vorstandsbämter notwendig war, wurde der Kollege Rehmte zum ersten Vorsitzenden und der Kollege W. Podgorski zum ersten Kassierer gewählt. In der Lohnfrage wurde festgestellt, daß sich der Unternehmer Bucht weitert, 46  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn zu zahlen; er gabt noch immer 44  $\frac{1}{2}$ . Die Kollegen beschloßen, ihn zu sperren. Der Zugang ist daher bei Bucht fernzuhalten. Nach einer Ermahnung zu reger Agitation erfolgte Schluß der Versammlung.

**Mülheim a. d. R.** Lage nur tüchtig drauflos, es bleibt doch etwas hängen! Dies Motto scheint in Nr. 20 der „Baugewerkschaft“ ein Schreiben aus Neulingshausen — womöglich wohl auch in Bochum — zu befolgen. In einem Artikel, wo er den Neulingshäuser Verbandsmittgliedern „beteuert“, was sie für schlechte Kerle sind, kommt er auch auf die Verhältnisse des hiesigen Zweigvereinsgebietes und schreibt also wörtlich: „Wollten wir auch die Kaufstellen in Oberhausen, Siertrade, Strum usw. nennen, wo die Genossen die verträglich vereinbarte Arbeitszeit überschreiten, dann müßten wir

den Raum einer ganzen „Baugewerkschaft“ beanspruchen!“ Mein lieber Maulheld! Hästest Du geschwiegen und mit Deinem großen Brust — dem bekanntlich Verdummen zum Geschäft geworden war — einige große Redemur verfertigt, dann wärest Du ein Meister geblieben. Weil Du uns aber herausforderst, mußt Du schon sehen, wie Du Dich mit den wirtlichen Tatsachen abfindest. Also in unserm Zweigvereinsgebiet sollen die „Genossen“ die tarifliche Arbeitszeit nicht einhalten; und das in einem Gebiet, wo von mehreren Seiten jeden Tag der Zentralverband der Maurer einmalt tot geredet wird. Wir sind aber so aufrichtig und fordern von dem Schreiber Beweise. Es kann ihm nämlich das kleine Maßwerk passiert sein, daß er die schwarze Farbe mit der roten verwechselt hat. Jetzt wollen wir ihm die Beweise bringen. Bei der Firma Geyers aus Essen arbeiten auf der Friedrich-Wilhelmshütte in Mülheim ungefähr fünfzig „Grünen“ und zwei Zentralverbandsler. Bei einer Umfrage, ob man zehn oder elfstündige Arbeitszeit wolle, waren fast alle „Grünen“ für die elfstündige, unsere zwei Kollegen für zehnstündige Arbeitszeit. Bei derselben Firma in Siertrade lag der Fall genau so. (Siehe den Artikel Deines Freundes Kötter in der „Baugewerkschaft“). In Mülheim-Nord arbeiten die „Grünen“ bei dem Unternehmer Brey während der Mittagspausen, in dem sie den Keller in Afford ausbaute. Ferner müßte sich der grüne Schilling in einer Schlichtungskommission zeigen lassen, daß seine Kollegen die tarifliche Arbeitszeit nicht einhalten wollten, worauf Schilling seine Beschwerde als erledigt betrachtete. In der „christlichen Domäne“ — frei nach Schilling — Rudolphi-Mülheim ging man dazu über und verstärkte die Mittagspausen, um die Regenstunden nachzuholen. Wohl über über waren vorläufig unsere paar Kollegen gezwungen, dies mitzumachen, bis von uns Abhilfe geschaffen wurde. So also, mein Bester, sehen die grünen Vertragskontrahenten im hiesigen Gebiete aus. Was den Ort Siertrade betrifft, müßte er könnte er es wissen, daß die dortigen Unternehmer genau so indifferent wie die Maurer sind, daß der Vertrag lediglich auf dem Papier steht. In Strum steht es fast genau so. Waren es in diesem Frühjahr nicht fast ausschließlich Zentralverbandsler, die den Tarif bei der Firma Klamann zur Geltung bringen wollten? Genau so wenig wie die „Baugewerkschaft“ Notz von der Sperre genommen hat, hat sich auch der grüne Schilling darum gekümmert. Wer ist in diesem Gebiete schuld, daß den hiesigen Unternehmern willige und billige Arbeitskräfte im Frühjahr massenhaft zur Verfügung standen? Während unser Sachgenosse warnte, daß die Kollegen nicht so früh von der Heimat abreisen sollten, waren es die „Grünen“ von Oberhausen und Duisburg, die im Christenlaß die Werbetrommel rührten und so das Gebiet überfluteten. Nun haben wir dem Helfen in der „Baugewerkschaft“ Beweise gebracht, mag er uns den Gegenbeweis bringen oder Laffaden angeben, wo Zentralverbandsler des hiesigen Zweigvereinsgebietes in derselben Weise handelten. Tut er es nicht, so müssen wir ihm beim nächsten Namen nennen und der lautet: „Lügner und Verleumder!“

**Witten.** Am Donnerstag, 20. Mai, fand im „Volkshaus“ eine Mitgliederversammlung statt. Im ersten Punkte der Tagesordnung wurde der Wittertarif paragrafenweise besondert und einer sehr scharfen Kritik unterzogen, ganz besonders der Paragraf, betreffend Affordarbeit. Die §§ 5 bis 8 sollen bei der Verhandlung zwischen unserer Lohnkommission und den Unternehmern verschiedene Veränderungen erfahren. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Regelung der Beiträge“, erläuterten die Kollegen Fiebig und Herr die Gründe für die Beitragsveränderung. Für die jüngeren Kollegen, welche den erhöhten Lohn schon erhalten, sollte sie sofort eintreten, für alle übrigen erst am 1. Juni. Dieser Vorschlag wurde gegen eine Stimme angenommen. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde für die neu gegründete „Vollzeitung“ für den achten Pfingstfest-Wahlkreis ein Darlehen von 1000 aus der Kollafasse bewilligt. Nach Erörterung einiger anderer Angelegenheiten erfolgte Schluß der sehr besuchten Versammlung.

**Tandau.** In unsern Mitgliederversammlung am 14. Mai hielt Genosse Ernst einen Vortrag über die moderne Arbeiterbewegung und ihre Gegner, der beifällig aufgenommen wurde. Dann entspann sich eine längere und heftige Debatte über die Maister. Laut Versammlungsbeschlusse vom 18. April sollte der 1. Mai durch Arbeitsruhe geehrt werden. Da sich mehrere Kollegen diesem Beschlusse nicht gefügt haben, beantragte Kollege Möbius, diese mit 1 zu bestrafen, Fabrikmaurer jedoch mit 2. Auf den erhobenen Widerspruch zog Kollege Möbius seinen Antrag zurück. Kollege Alfred Nothe beantragte darauf, jene Kollegen mit 1 zu bestrafen; die Strafe müßte bis zum 1. Juni bezahlt sein. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bei dem Unternehmer Bödemann haben nur die Kollegen aus der Zahlstelle Hindenburg gearbeitet, von denen sich besonders der Kollege Henje durch seine Mißbilligung hervorgetan hat. Zur Wiederaufnahme hatte sich der Kollege Weder angemeldet; er wurde gegen vier Stimmen aufgenommen, hat jedoch 2 Strafe zu zahlen. Auf Antrag des Kollegen Silbester sollen die Maistragselder zu einem Maßstos geschlagen werden, aus dem Kollegen, die in späteren Jahren bei einer Maister ausgeperrt werden, unterfüßt werden können. Von der chemischen Fabrik Nagte man, daß dort fortgesetzt Überstunden gemacht würden. Die Namen der daran beteiligten Kollegen sollen festgestellt werden. Nach einer Mahnung zu pünktlicher Beitragszahlung fand die Versammlung ihr Ende.

**Tischentwurf.** Am 10. Mai fand hier eine öffentliche Maurerverammlung statt. Nach einem recht wirkungsvollen Vortrage des Kollegen Bieger-Münzberg erklärten eine Anzahl Kollegen, erfreulicherweise auch eine Anzahl offener Arbeiter, ihren Beitritt zum Verband. In der Diskussion wies Kollege Schmidt darauf hin, daß die fremden Unternehmer, die hier Arbeiter ausführen, einen Lohn von 40  $\frac{1}{2}$  für Maurer und 30  $\frac{1}{2}$  für Hilfsarbeiter zahlen, während die hiesigen Unternehmer nur 32 bis 35  $\frac{1}{2}$  bezog. 24  $\frac{1}{2}$  bis 26  $\frac{1}{2}$  geben. Für alle Kollegen 40 bezog. 30  $\frac{1}{2}$  Lohn zu erreichen, müßte unsere Aufgabe sein. Dazu bedürfte es aber des festen Zusammenhalts aller Kollegen.

### Fliesenleger.

Mülheim a. d. R. In der Versammlung am 16. Mai wurde die Sperre über die Firma Mattheis in Mülheim aufgehoben, da sie den Tarif jetzt anerkannt hat. Die Sperre über die Firma Wöhlenbrud bleibt noch bestehen. Der Geschäftsführer bei der Firma S. Woon in Oberhausen führte darüber Klage, daß die dort beschäftigten Erzejeder Kollegen (darunter der Sektionsvorsitzende) sich trotz wiederholter Aufforderung nicht an der Geschäftsbesprechung beteiligten. Dann wurde beauftragt, daß die in Nürnberg eingezogene Grundung über die Kollegen Sahn und Bergmann an ergeben hat, daß sie sich dort sofort anmeldeten und auch solidarisch erklärten. Der im Versammlungsbericht aus Essen in Nr. 18 des „Grundstein“ erhobene Verdacht sei also ungerechtfertigt. Kollege Bergmann sei sofort von Nürnberg nach seiner Heimat abgereist. Zum Schluß wurden die Kollegen, besonders die jüngeren, zum regen Besuch der Versammlungen aufgefordert.

München. Die schon neun Wochen dauernde Absperrung ist jetzt durch einen Vertragsabschlusse beendet worden. Der Vertrag hat drei Jahre Gültigkeit. Der Einmalt wurde achtstündige Arbeitszeit. In den Samstag ist um 5 Uhr, am Sonntag, Karfreitag, Pfingstsonntag, Christabend und Silvesterabend um 4 Uhr Arbeitsstillstand (eine Einigung darüber, ob die ausfallenden Stunden am Karfreitag usw. höher bezahlt werden müssen, konnte nicht erzielt werden, die Frage soll deshalb durch Schiedspruch entschieden werden). Die Arbeiten werden im Afford ausgeführt; in besonderen Fällen ist jedoch auch Tagelohn zulässig. Unter „besonderen Fällen“ sind in erster Linie baubehördliche Vorschriften und Kompliciertheit der Arbeit zu verstehen. Überstunden von 5 bis 7 Uhr morgens und von 6 bis 8 Uhr abends sind mit 25 pzt., von 8 bis 10 Uhr mit 50 pzt. und von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh, sowie Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen mit 100 pzt. Zuschlag zu bezahlen. Die Fliesenleger erhalten 84  $\frac{1}{2}$  die Stunde. Der Lohn erhöht sich am 1. April 1911 auf 87  $\frac{1}{2}$ . (Die Sätze für auswärtsigen Arbeiten werden durch Schiedspruch bestimmt.) Differenzen werden durch eine Schlichtungskommission, bestehend aus drei Vertreibern und Arbeitnehmern geregelt. Falls eine Einigung nicht erzielt werden kann, so muß innerhalb dreier Tage das Einigungsamt angerufen werden, dessen Entscheidung eine endgültige ist. Solange die Schlichtungskommission oder das Einigungsamt mit einer Differenz befaßt ist und solange eine Entscheidung des Einigungsamtes nicht vorliegt, dürfen Maßregeln und Absperrungen und dergleichen unter keiner Bedingung verhängt werden. Nach dem Spruch des Einigungsamtes sind Sperren und Ausperrungen nur gegen jene Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zulässig, die sich der Entscheidung nicht fügen. Die Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber verpflichten sich ausdrücklich, ihnen ihrer Angehörigen, die sich gegen diesen Arbeitsvertrag verhalten und den Entscheidungen des Einigungsamtes nicht fügen, strengstens entgegenzutreten und ihnen keinerlei materielle oder moralische Unterstützung zu gewähren.

Dies sind die hauptsächlichsten Bedingungen des Tarifes, dem noch ein ausführlicher Affordtarif angefügt ist. Nicht genannte neue Muster sind der Schlichtungskommission zur Preisfestsetzung zu unterbreiten.

Auch für die Fliesenleger-Hilfsarbeiter wurde ein Tarif abgeschlossen. Die Löhne der Fliesenleger-Hilfsarbeiter werden sofort um 3  $\frac{1}{2}$  erhöht, ab 1. April 1910 beträgt der Stundenlohn 50  $\frac{1}{2}$ ; die Arbeitszeit beträgt neundreißig Stunden, die Zuschläge für auswärtsigen Arbeiten betragen um 30  $\frac{1}{2}$  weniger als bei den Fliesenlegern. Im übrigen gelten die gleichen allgemeinen Bestimmungen wie im Fliesenlegertarif.

Bezüglich der freitigen Punkte fällt das Einigungsamt folgenden einstimmig gefassten Schiedspruch: 1. Am Karfreitag, Karfreitag, Pfingstsonntag, Christabend und Silvesterabend ist um 4 Uhr Arbeitsstillstand bei voller Lohnzahlung; 2. 5  $\frac{1}{2}$  Maß 1 lautet: Vom Mittelpunkt Münchens (Auhofbahn) aus werden drei konzentrische Kreise gezogen, der erste mit 4  $\frac{1}{2}$  km Radius, der zweite mit 10 km Radius, der dritte mit 20 km Radius. — Bei Arbeiten im Ausland wird ein Zuschlag von 30 pzt., an den Sonntagen eine Vergütung von 250 geföhrt. — Im Ausland ist für Wandbelag 250, für Bodenbelag 90  $\frac{1}{2}$  pro Quadratmeter zu bezahlen.

Die Verhandlungen wurden vor dem Einigungsamt geführt, in dem Dr. Brenner den Vorsitz führte. Der Unternehmervertreter, Bergmüller klamierte sich hierbei nicht schlecht, denn selbst seine Auftraggeber rühten sehr heuchlich von ihm ab.

Die Arbeit ist am 19. Mai wieder aufgenommen worden.

**Strasbourg i. G.** Der Streik der Fliesenleger dauert ununterbrochen fort. Verhandlungen, die vom Bürgermeister eingeleitet waren, zerfielen sich. Die Unternehmer geben sich die größte Mühe, Streikbrecher heranzuziehen. Bis jetzt war dies erfolglos. Die Situation ist günstig; wenn von allen Seiten Pflückerfüllung geübt wird, muß es uns gelingen, den Kampf zu gewinnen.

### Molierer und Steinholzleger.

Sdn. Wir bitten alle Kollegen, ihr Augenmerk auf die Beson des Bodenlegers Heinrich Krotz, geb. 1877 zu Düsseldorf, zu richten und seine Adresse gegebenenfalls an uns einzuliefern. Zu weiteren Angaben wird gern bereit. Es wird bemerkt, daß sich Krotz entweder nach Gumburg oder aber nach Süddeutschland gemannt hat. Zu gleicher Zeit teilen wir unsern Mitgliedern mit, daß die nächste Monatsversammlung am 6. Juni, vormittags 10 Uhr, stattfindet, wir erwarten vollzähliges Erscheinen. Die mit ihren Beiträgen rückständigen Kollegen werden dringend aufgefordert, die Bücher bis dahin in Ordnung zu bringen. G. 11 m., Köln-Grenfeld, Rößstraße 19.

### Internationale Maurerbewegung.

Tarifabschlusse in Wien. In Wien ist der Vertrag, dem die Arbeiter schon im November vorigen Jahres zugestimmt hatten, nun vor einigen Wochen auch von den

Unternehmern angenommen worden. Befanlich g6gerten die Internehmer mit der Anerkennung des Vertrages, weil sie ihre Hand zur Ausperrung behalten wollten, falls die mit ihren Arbeitern im Kampfe liegenden Schreinermeister eine solche als Vergeltung f6r die im Jahre 1908 geleistete Ausperrungshilfe forderten. Die hauptf6chlichsten Bestimmungen des Vertrages sind diese:

Die normale t6gliche Arbeitszeit betr6gt in den Jahren 1909 und 1910 effektiv 9 1/2 Stunden, sie beginnt um 7 Uhr und endet um 6 Uhr abends. In den Jahren 1911 und 1912 betr6gt die t6gliche normale Arbeitszeit effektiv 9 Stunden, sie beginnt um 7 Uhr fr6h und endet um 6 1/2 Uhr abends. In den Jahren 1909 und 1910 wird an Lohnzahltagen die Arbeitszeit um eine Stunde, in den Jahren 1911 und 1912 um eine halbe Stunde verl6ngert, jedoch soll dadurch die Arbeit nicht vor 4 Uhr nachmittags beendet werden. An den Tagen vor hohen Feiertagen ist w6hrend der ganzen Vertragsdauer f6r alle Bauarbeiterkategorien gleichm6sig um 4 Uhr nachmittags Arbeitslohn. Im Winter kann die normale Arbeitszeit entsprechend der Tagesstunde eingeteilt, beziehungsweise verl6ngert werden.

Als Rausen werden eine halbt6gliche Fr6hst6dzeit von 6 bis 9 Uhr vormittags und eine einst6ndige Mittagszeit von 12 bis 1 Uhr festgesetzt.

Geh6lt wird nur die effektive Arbeitszeit, und zwar erhalten: 1. Maurer im ersten Gehaltsjahre in den Jahren 1909 und 1910 60 Heller, in den Jahren 1911 und 1912 52 Heller f6r die Stunde; 2. Maurer im zweiten Gehaltsjahre in den Jahren 1909 und 1910 64 Heller, in den Jahren 1911 und 1912 56 Heller f6r die Stunde; 3. die 6brigen Maurer erhalten in den Jahren 1909 und 1910 65 Heller, in den Jahren 1911 und 1912 60 Heller f6r die Stunde. Diese Lohns6tze gelten f6r alle bei besagten Bauw6rkst6tten arbeitenden Maurer, insofern sie als solche aufgenommen wurden, gleichviel zu welchen Arbeiten sie verwendet werden; ausgenommen sind nur Fassadenmaurer, Gipsdielenmaurer und Weicharbeiter, f6r welche besondere Lohns6tze bestehen. 4. Fassadenmaurer und Gipsdielenmaurer erhalten: im Jahre 1909 74 Heller, im Jahre 1910 75 Heller, in den Jahren 1911 und 1912 78 Heller f6r die Stunde. Die vorstehenden Lohnvereinbarungen treten und zwar f6r 1909 am 1. Mai, f6r die 6brigen Jahre jedesmal am 1. Januar in Kraft; die im Jahre 1912 geschlossenen L6hne gelten bis zum Ende dieses Vertrages.

Der Vertrag gilt bis zum 1. M6rz 1913. Unser 6sterreichisches Arbeiterblatt hebt mit Recht hervor, da6 die Erreichung der neunt6ndigen Arbeitszeit ohne Kampf sehr bemerkenswert sei. Die Lohnsteigerungen sind nicht erheblich, aber man darf nicht vergessen, in welche Zeit der Tarifabschlu6 fallt und wie diese Zeit die Organisation geschw6cht hat. So stellt sich uns der Tarifabschlu6 im Wiener Baugewerbe nicht als ein weichen ragender Erfolg dar, aber als ein Fortschritt, den der Kunde sehr wohl zu w6rdigen wei6t. Das Tempo des Fortschritts ist nicht immer gleich; manchmal geht es sehr langsam vorw6rts, und dann kommen wieder Zeiten, wo wir F6hgel zu haben sp6rnen. Und doch ist das kein Zufall, sondern das ganz nat6rliche Ergebnis der gegeneinander wirkenden Kr6fte.

### Zentralkrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit.“)

In der Woche vom 16. bis 22. Mai sind folgende Beitr6ge eingegangen: Von der 6rtlichen Verwaltung in Hamburg A 500, Beierweg 400, Friedrichshagen 200, Wolfenb6ttel 200, Harnsdorf 200, Pirna 100, Erfurt 100, Zetzerow 100, Rudenwalde 100, Stabenhagen 100, Wittenau 100. Summa M 2100.

Zu Schiffe erkrankten: Erfurt A 400, Wilmersdorf 200, Karlsruher in Baden 200, M6nster i. Westf. 200, Frankfurt 100, G6ttingen 100, G6ttingen 100, G6ttingen 100, G6ttingen 100, G6ttingen 100. Summa M 1900.

Mittona, den 22. Mai 1909.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

#### Unf6lle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Bromberg. Ein Unfall ereignete sich am 17. Mai am Neubau des Unternehmers Wieje in der Gr6fenstr6ge. An der Au6enfront, in der H6he des vierten Stockwerks, war der Kollege Emil W6hse mit Ruben besch6ftigt. Er benutzte auf dem Ger6st noch ein Bodenger6st. Die Holzriegel hatten keine gen6gende Auflage und l6sten sich aus dem Mauerwerk. Durch die Last der Bodend6cke brach das Ger6st, durchschlug das darunter liegende, und der Kollege st6rzte 13 m in die Tiefe. Der Verungl6ckte blieb lebensunfähig liegen. Er erlitt innere Verletzungen und wurde mittels Drahtseile nach Hause gebracht werden.

Dangig. Am 18. Mai fiel auf einem Neubau in Neubrandenburg auf bisher unangelegte Weise der Kollege Oskar Wulfski in einer H6he von 5 m vom Ger6st und zog sich einen Sch6delbruch zu, an dessen Folgen er am 19. Mai gestorben ist. Da das Ger6st einwandfrei war, durfte ein Schritt beim Abw6rfen die Ursache des Ungl6cks gewesen sein.

Randsh6t. Am 19. Mai erlitt unser Kollege Haber Schwinghammer bei der Fassadenarbeit am Bau Ede Grawasse einen Unfall, der ihm den Tod brachte. Nach der Untersuchung durch unsere dortige Verwaltung ist dieser Unfall auf die liebertliche Bauart des Ger6stes zur6ckzuf6hren. Das Ger6st war aus sehr schwachen Stangen hergestellt und ermangelte jeder Querverst6rkung. An der Stelle, wo Schwinghammer abst6rzte, reichten die Lagerstangen (Anbinden) auf 2 m nicht zusammen; die B6nde waren mit Brettern gedeckelt. Dazu war es aber auch noch zu niedrig, so da6 die Arbeiter von einer Staffellei ausgeh6rt werden mu6ten. Durch das Schwanken des schwachen Ger6stes kippte die Staffellei um und Schwinghammer

st6rzte drei Stockwerke tief hinab. Er kam ins Krankenhaus und erlag dort seinen Verletzungen noch am selben Tage.

Waldow. Auf dem Rittergut Weiten bei Karow war am 21. Mai der Kollege Karl Kr6ger beim Stein-Sperrigen besch6ftigt. Er hatte einen Stein angehoben. Beim Einklinken des Rubers kam er der F6ndschur zu nahe, ohne da6 er es bemerkte, sie entl6ndete sich und zer6rte den Stein in mehrere St6cke. Kr6ger trug mehrere Verletzungen davon, eine Wunde am Kopf, eine am Arm und eine am linken Bein. Er wurde sofort von dem Polier verbunden und mittels Fuhrwerks von der Gutsverwaltung nach seinem Wohnort Waldow gebracht.

Stralsund. Am 18. Mai brach beim Stelbau in der Sarnowstr6ge die Pfeifung zusammen. Von den nachst6henden Erdmassen wurden drei Arbeiter besch6digt, wovon der eine nur als Verletzte, die andern in schwerverletztem Zustande geborgen werden konnten. Ueber die n6heren Umst6nde ber6chten wir in der n6chsten Nummer.

Ber a u i. S. Am 19. Mai war man am dem Anbau auf der Fabrik von Schr6der & Co. damit besch6ftigt, einen G6pfeiler umzulagern. Die in dem Pfeiler liegenden circa 20 cm starken Quader hatte man vorher schon daraus entfernt. Der Polier wollte den Pfeiler nach innen umlegen. Wenn man bedenkt, da6 es ein G6pfeiler war und da6 die Quader an der Au6enseite schon herausgenommen waren, dann geh6rt nicht viel Einsicht dazu, um zu erkennen, da6 das mit gew6hnlichen Mitteln nicht m6glich war. Der Polier lie6 trotzdem mit einfachen Druckb6umen und Keilen daran arbeiten. Pl6tzlich prallten die Druckb6ume ab, der Pfeiler st6rzte um, nach au6en nat6rlich, und der daran arbeitende Bauarbeiter wurde von den Steintr6mmern ber6ztig geger6stet, da6 er noch am n6chsten Tage starb. Wenn die Verh6rde den Fall richtig untersucht, dann wird sie jedenfalls zu dem Schlu6 kommen, da6 der Polier nicht einwandfrei gehandelt hat. Der selbst d6rfte zwar, seiner Zugeh6rigkeit zu einer sogenannten apolitischen Gemeinde entsprechend, geneigt sein, das Ungl6ck als eine „Schickung Gottes“ anzusehen.

W h f a. S. h. r. Am 17. Mai st6rzte der Bauarbeiter Peter Carlens am Bau des Standb6tels 6 m in die Tiefe. Er erlitt innere Verletzungen. An dem Ger6st fehlte die Brustwehr.

\* An die baugewerblichen Arbeiter von Ost- und Westpreußen, Pommern und Brandenburg. Hiermit berufen wir im Einverst6ndnis mit den Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiterorganisationen Berlin (Zentralverb6nde) eine Konferenz zu Sonntag, 13. Juni d. J., nach Berlin, Engelder 15, Gewerkschaftshaus, ein. Als vorl6ufige Tagesordnung geben wir bekannt: 1. Der Bauarbeiterkampf in Preußen und die Stellung der nordb6hlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft. 2. Diverse Antr6ge. Wir erl6hnen die Organisationen der obgenannten Provinzen, Stellung dazu zu nehmen und Delegierte zu w6hlen. Der Erparnisse halber d6rfte es sich empfehlen, wenn sich die Organisationen (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Klempner, Holzleger, T6pfer, Steinsetzer, Maler, Glaser, Steinarbeiter), da diese die Kosten selbst zu tragen haben, 6ber die Delegation verhandigen. Es w6rde gen6gen, wenn sich die Au6enarbeiter sowohl wie die Innearbeiter bei der Wahl der Delegierten auf bestimmte Personen einigen.

Die Bauarbeiter-Schutzkommission Berlin. J. M. G. Unt.

\* Bauarbeiter-Schutzkonferenz zu Sessen. Die der Landeskommission f6r Bauarbeiter-Schutz angeschlossenen Organisationen hielten am 9. Mai ihre vierte Konferenz ab. Es waren 70 Delegierte, auch Vertreter der Regierung, der Berufsgenossenschaften, der st6dtischen Bau-polizei usw. anwesend. Kollege S. Delp referierte 6ber den gesetzlichen Arbeiterschutz. Er kritisierte, da6 die Petitionen der Bauarbeiter-Schutzkommission zwei Jahre Zeit n6tig hatten, um vor dem Reichstag besprochen zu werden, und schlie6lich habe man die hauptwichtigsten W6nsche der Arbeiter: die Baukontrollen aus den Kreisen der Arbeiter zu nehmen, f6r unerf6llbar erkl6rt. Dann habe man auch vorgeschlagen, da6 die Arbeiter nicht gen6gend technisch vorgebildet seien; es treffe aber in vielen F6llen zu, da6 die praktischen und theoretischen Kenntnisse der Arbeiter gr66er seien als die der Unternehmer und Bau-f6hrer. Ganz hinf6llig sei die ganz unzutreffende Behauptung der Unternehmer, die Arbeiter wollten lediglich mit der Anstellung von Arbeiterkontrollen Parteipolitik treiben. Den Beamten der Bau-polizei Darmstadt geb6hre Dank f6r die objektive Behandlung der Bauarbeiter-Schutzfrage. Neben geht dann ein auf die Zahl der vorgekommenen Unf6lle und betonte, da6 besonders die kommunalen und Staatsbauten bez6glich der Schutzvorrichtungen zu w6nschen 6brig liegen. In Hoppenheim habe der Bauunternehmer H6rjchel, der einen staatlichen Bau ausf6hrte, den Maurern, die Bauh6tte und Akorde verlangten, Schl6ge angeboten. Ein dicker Wand reiche nicht aus, alle die M66st6nde, die am Bahnhofsneubau Darmstadt vorhanden sind, in sich aufzunehmen. Der Ger6stbau ist dort mangelhaft, das Trinkwasser sei nicht zu genie6hen und gesundheitsgef6hrlich. M66st6nde 6berall, wozu man blicke. (Fm (Redner) habe man seitens der Unternehmer die 6rterliche Erlaubnis zum Betreten der Bauh6tte entzogen, als er sich best6rverf6hrend an die Sektion der hessennassauischen Berufs-genossenschaft gewandt habe. Nachforschungen h6tten ergeben, da6 der Beamte Sang der Berufs-genossenschaft derjenige war, der den Unternehmern Kenntnis gab von der Besch6rde. Gegehr solche Vorwissenisse sei zu protokollieren. Der Besch6rdebef6hrer sei den Unternehmern nicht preiszugeben, damit keine M66regelung und Entlassung darauf erfolge. Bis heute wi66e noch niemand, wer am Bahnhofsneubau eigentlich aufz6ndig sei. Eine der angerufenen K6rper-schaften nach der andern betweise wieder an die andre. Bei einer vorgekommenen amtlichen Kontrolle habe man die Vertreter der Bauarbeiter zur6ckgewiesen. Der Kreisrat beauftragte den Arbeitervertreter, sich an die Eisenbahndirektion zu wenden. Drei Tage vorher ging ein Wachmeister von B6chh6tte zu Bauh6tte und erkl6rte: In drei Tagen findet amtliche Kontrolle, ausgef6hrt von 16 Beamten, statt. H6tlet Euch, da6 man da etwas findet; m6cht alles in Ordnung! Selbstverst6ndlich konnten dann keine M66st6nde gefunden werden. Die Kontrolle habe unangemeldet stattgefunden. Die gesetzliche

Regelung des Bauarbeiterschutzes so schnell wie m6glich in die Wege zu leiten, sei Pflicht der h6ssischen Regierung. Genosse Seine, der Vorsitzende der Zentralkommission, referierte dann 6ber die prinzipielle Stellung zum Bauarbeiterschutz. Redner behandelte die Frage an der Hand statistischer Nachweise die gro6e Zahl der vorgekommenen Unf6lle und forderte energiegeliche Ma6nahmen zur Unfallverh6tung und will auch, da6 dem baupolizeilichen Aufsichtsdienst gew6here Beachtung geschenkt, d. h. da6 derselbe erweitert werde. Das jahrelange Petitionieren bei der h6ssischen Regierung habe keinen Zweck, er sei der Meinung, man m66e mit ihr einmal ein andres Wort reden.

Es gibt dann der st6dtische Baukontrollen Weber aus Offenbach einen kurzen Bericht 6ber seine dreij6hrige T6tigkeit: 417 Bauten wurden in dieser Zeit von ihm kontrolliert. Im Jahre 1906 wurden 3335, im Jahre 1907 2508 und im Jahre 1908 4843 Revisionen vollzogen. Von den 1191 Gesamtunf6llen entfielen 327 allein auf das Baugewerbe. Den Beamten der Bauberufsgenossenschaft mangle es an Zeit zur notwendigen Kontrolle. Die Unf6lle nehmen gegen Ende der Woche in h6hem Ma6e gegen 6ber den Anfangstagen der Woche zu. In Offenbach wird jeder Neubau vor Woche zweimal kontrolliert. Schwere Ger6stunf6lle waren innerhalb der letzten zwei Jahre nicht zu verzeichnen. Schwere Verst6ndnis in seinen Vertretungen findet der Baukontrollen nur bei den seiner Organisation angeh6rigen Arbeitern.

Nach l6ngerer Diskussion fand dann folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die vierte Landeskonferenz der Bauhandwerker des Gro6herzogtums nimmt Kenntnis von den Verhandlungen im h6ssischen Landtag, den Bauarbeiterschutz betreffend, und beschlie6t:

In Erw6gung, da6 das Staatsministerium wiederholt in Petitionen durch die Zentralkommission in Sessen von den M66st6nden bei den Bauten und von den Forderungen der Bauarbeiter unterrichtet ist, in weiterer Erw6gung, da6 das Staatsministerium wiederholt in der Kammer beudet hat und auch in der letzten Thronrede bei Er6ffnung des 34. Landtages am 17. Dezember 1908 wieder einen Gesetzentwurf 6ber den Bauarbeiterschutz in Aussicht gestellt hat, und in fernerer Erw6gung, da6 das Ministerium, wie auch die letzten Kammerverhandlungen ergeben, seine Zusage und Versprechungen, fortgesetzt nicht gehalten und so zum Nachteil f6r Leben und Gesundheit der Bauarbeiter dadurch den Bauarbeiter-Schutz Jahre hindurch unter dem Einfluss der Arbeitgeber und mittleren Baubeamten unverantwortlich verschleppt hat, protestiert die heutige Konferenz gegen die Stellungnahme der h6ssischen Regierung zur Frage des Bauarbeiterschutzes und verlangt von allen Vertrauenspersonen der baugewerblichen Organisationen, da6 in allen Orten des Gro6herzogtums H6ssen die Forderungen des Bauarbeiterschutzes propagiert und die Stellungnahme der Regierung zum Gegenstand ihrer Verhandlungen gemacht wird.“

\* Bauarbeiter-Schutz im Amt Ostf6dingen. Eine k6rzlich vorgenommene Baukontrollen deckte wieder traurige Zust6nde auf. Kontrolliert wurden 24 Bauten, davon in Nordenham 9, in Einswarden, Weyen, Wegerfanden, Pfielwarden 3, die Metallwerke Unterweser, in Ewarden und Loffens je 2, in Elmw6rden, Abberhausen, Seefeld, Stollham, Stollhammer-Wittedeich, St6llhammerwerk und Sillens je 1 Bau. Von den Bauten in Nordenham ist zu erw6hnen, der Bau des Unternehmers Wilms an der Binnenstr6ge. Kein Keller ist in dem Bau abgedeckt. Die Ger6ste sind auch sehr mangelhaft; Leitern aus einfachen Dachlatten werden dort verwendet, die Baub6ude wird aus leichtem Lagerst6cken f6r Zement, Sand, Kies und Gestein benutzt. Ein Fenster ist in der Baub6ude nicht vorhanden. Der Unternehmer Wilms m66e sich doch etwas mehr nach den Unfallverh6tungsvorschriften richten, denn solche Zust6nde k6nnen nicht bestehen bleiben. Gefragt wird an dem Bau 6ber das Benehmen des Poliers Drefsel, der erst vor kurzer Zeit aus Wilhelmshaven gekommen ist und sich hier gegen die Kollegen recht unger6hig betrug. Drefsel meinte sich merken, da6 sich die Nordenhamer nicht auf die Finger treten lassen. Wie gew6hnlich, so herrschen auch diesmal wieder an den Bauten des Unternehmers Ger6de allerlei M66st6nde. Die Ger6stlatten stehen wieder zu schr6g, jedenfalls damit sie leichter umfallen. Lebensgef6hrlich geht es auf den Metallwerken zu, dort befindet sich ein Schornstein im Bau, der etwa bis zu 45 m H6he gebieken ist. Material wird durch einen Motor hinaufgezogen. Durch Unvorsichtigkeit des Maschinenf6hrers brach der Bod und st6rzte aus der kolossalen H6he herunter. Unten am Schornstein mauerien zwei Gesellen vom Unternehmer Wdena den Schornstein auf. Wie leicht h6tte sich da ein t6dlicher Unfall ereignen k6nnen! Denn der Bod fiel dicht neben den unten arbeitenden Gesellen auf die Erde. Die schlechtesten Zust6nde waren an den Bauten der Unternehmer Wadem6der in Ewarden, W6chusen und W6chmann in Loffens. In s6mtlichen Bauten der drei Unternehmer waren die Keller nicht abgedeckt und die Kalktr6ben nicht einged6ckt. In den Baub6uden fehlten die Fu6b6den und Fenster. In einigen Baub6uden war nicht einmal eine verschle6bare T6r vorhanden. Kollegen! Die Zust6nde, wie sie hier geschildert sind, sind wirklich sehr traurig; denn an vielen Baustellen waren nicht einmal ein Verbandsbalken und Unfallverh6tungsvorschriften vorhanden. Sorgt daf6r, da6 diese miserablen Zust6nde beseitigt werden. Meldet s6mtliche M66st6nde und Unf6lle sofort der Bauarbeiter-Schutzkommission, oder beim Wirt Kn6dner, Nordenham, Linden-hof, Telefon Nr. 89. Denn nur, wenn die Unfallursachen richtig hergestellt und die Schuldigen 6ffentlich kritisiert werden, k6nnen die heute noch sehr weiten Gewissen gewetzt werden.

ATK. Ein amerikanischer Schornsteinriese. In Great Falls im Staate Montana ist vor kurzem ein, zur Schmelzh6tte der Boston and Montana Consolidated Copper and Silver Co. geh6riger, riesiger Schornstein in Raststeinbau errichtet worden, welcher unbestreitbar der h6chste Schornstein der Welt ist. Sein 6u6erer Durchmesser betr6gt an der Basis 23,6 m und am Aufsatz 15,24 m. Er erhebt sich 164,22 m hoch auf seinen Fundamenten, die auch noch eine

Dide von fast 7 m. haben. Das Gesamtgewicht dieses Schornsteinrohrs beträgt 24 964 Zentner. Das Mauerwerk ist an der Basis 1,65 m dick, und verjüngt sich nach oben bis auf eine Dide von 45 cm. Von unten bis oben ist der Schornstein durchweg mit einer 10 cm starken Schicht säurefester Ziegelmauerung gefüttert. Er kann pro Sekunde 1887 Kubimeter Gas von 315 Grad Celsius ausstoßen.

### Gewerkschaftliches.

**Ueber eine verwerfliche Agitationsmethode** berichtet man uns aus Buzlau. Dort sind während der Krise mehrere Bauhilfsarbeiter zu den Verbänden der Fabrik- und Transportarbeiter übergetreten, da sie im Baugewerbe keine Arbeit mehr fanden. Jetzt, wo sie wieder am Bau arbeiten, wollen sie nicht wieder in den zuständigen Verband zurück, weil sie sich in den andern Verbänden in gewissen Ansehnlichkeit auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben. Unsere Buzlauer Kollegen sind mit der Haltung jener Bauarbeiter und der Leitung jener Verbände durchaus nicht zufrieden, sie betreten den Standpunkt, daß die Bauarbeiter in den Bauarbeiterverband gehören. Sie halten es besonders für verwerflich, daß der Transportarbeiterverband seinen Unterkassieren sogenannte „Kopfpämien“ für neue Mitglieder zahlt, ähnlich wie es Nähmaschinenfabriken und Versicherungsgesellschaften bei ihren Agenten tun. Wir teilen ihre Meinung und empfehlen unseren Mitgliedern, nicht nur darauf zu sehen, daß die Bauhilfsarbeiter organisiert sind, sondern auch darauf, daß sie in dem zuständigen Verbande, und das ist nur der Verband der Bauhilfsarbeiter, organisiert sind. Dazu verpflichtet uns der Kartellvertrag und im Hinblick auf die angestrebte Verschmelzung das Interesse unfres eignen Verbandes.

### Polizei und Gerichte.

**Erfolgreiche Verurteilung.** Am 19. März hatten sich die Kollegen Eduard Witzon und Wilhelm Hängel in Breslau vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten, die im Sommer vorigen Jahres anlässlich der Speere über den taxiführenden Unternehmer Wetter in Mosenitz „Arbeitswille“ unter Androhung von Gewalt zur Wiederlegung der Arbeit veranlaßt haben sollten. Hängel soll nach dem Zeugnis des in Trebnitz kommissarisch vernommenen Maurers Wetz gelegentlich einer Auseinandersetzung über den Streik mit dem Fuhrer nach diesem gestochen haben, ohne ihn indes zu treffen. Dafür wurde vom Gericht eine Gefängnisstrafe von einer Woche festgesetzt. Gegen Witzon war der angeblich terrorisierte Maurer Gustav Schippte aus Juliusburg als Zeuge selbst erschienen. Er brachte eine Reihe von Nebenarten vor. Auf dem Wege vom und zum Bahnhof sei er stets „verfolgt“ worden, weshalb er dann nur noch in „Begleitung des Herrn Wachtmeisters den Weg gegangen“ sei. Einmal habe ihm Witzon gesagt: „Dich werden wir schon noch erwischen, wir wissen ja, wo Du schliffst“. Bei dieser Gelegenheit habe er ihn auch mit Totschlägen bedroht. In Simsdorf, wo Schippte ebenfalls Arbeitswilligenbiente geleistet hat, war der Heuboden seine Schlafstelle und aus Furcht, wegen Streibruchs durchgeprügelt zu werden, hat er allabendlich die Leiter, die er zum Erlettern des Heubodens benutzte, hinter sich hinaufgezogen. Nur so habe er sich sicher gefühlt. Witzon wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Beide Angeklagten legten Berufung ein. Die Strafammer vermochte aus dem sinnlosen Gerede des Schippte überhaupt keine Schlüsse zu ziehen und sprach Witzon völlig frei. Gegen Hängel dagegen wurde, da der Fall sehr milde lag, wegen verjührter Mordtötung eine Geldstrafe von 20 Mark verhängt.

### Verschiedenes.

**Ein Programm planmäßiger Bekämpfung des Alkoholismus** veröffentlicht im „Abstinente Arbeiter Genosse“ Rakenstein. Einem allgemeinen Teil, der die Schäden des Alkohols, insbesondere für die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung, darlegt, und die Aufgabe des Arbeiter-Abstinenteubundes, als einer sozialdemokratischen Organisation, entwickelt, folgt das Aktionsprogramm folgenden Inhalts: 1. Aufgaben der Arbeiterbewegung selbst. 1. Verbreitung von Aufklärung über die Gefahren des Alkohols, insbesondere für das jugendliche Alter. Strenge Fernhaltung der Kinder vom Alkohol. — 2. Ausschluß des Trinkzwangs bei allen, des Alkoholgenusses bei allen geschäftlichen und belehrenden Zusammenkünften. — 3. Vermeidung aller Vereinbarungen, durch die eine Förderung des Verbrauchs alkoholischer Getränke herbeigeführt wird, und aller Maßnahmen, die eine Förderung des Alkoholgenusses bezwecken. Molehnung von Alkohol-Inseraten. — 4. Strenge Trennung der Arbeitsnachweise und der Auszahlung der Unterstützungsgelder von Schankstätten. — 5. Eintreten für Ablösung der Lohnzahlung in Form alkoholischer Getränke (Freibier, Deputat) und Beseitigung aller mit dem Alkohol zusammenhängenden, einer selbstbewußten Arbeitergenossenschaft unbilligen Mißbräuche, wie Freibier, Nichtschmause, Blamachen usw. Ausschluß des Alkohols bei der Arbeit. — 6. Strenge Vermeidung des Alkoholgenusses bei Lohnkämpfen, Wahlbewegungen und politischen Demonstrationen. — 7. Beschaffung von Versammlungs- und Verkehrslokalen durch genossenschaftlichen Zusammenschluß unter Ablehnung finanzieller Begründung auf den Alkoholverbrauch. — An die Konsum- und Baugenossenschaften wird im Interesse der Kulturaufgaben der Genossenschaftsbewegung der Aufruf gerichtet, durch geeignete Maßregeln den Kampf gegen den Alkohol zu fördern, vor allem aber alle geschäftlichen Maßnahmen, die eine Förderung des Alkoholgenusses zur Folge haben, zu vermeiden.

**II. Forderungen an Staat und Gemeinde.** 1. Methodische Aufklärung über den Alkohol, insbesondere im Schulunterricht. — 2. Ablehnung aller finanzpolitischen Maßregeln, durch die öffentliche Körperschaften am Alkoholverbrauch interessiert werden. Solange noch ein Teil des öffentlichen Einkommens aus dem Alkoholverbrauch fließt, Verwendung eines möglichst großen Teiles davon zur unmittelbaren Bekämpfung des Alkoholismus. — 3. Verbot der Gewährung alkoholischer Getränke als Lohn sowie der Verbindung von Arbeitsnachweis mit Gast- oder Schankwirtschaftsbetrieb. — 4. Beseitigung des Anmierscheitens. Verbot der Abgabe von Alkohol an Jugendliche. — 5. Fürsorge für Alkoholtränke. Schutz der Familie und der Gesellschaft vor Trunksüchtigen. — 6. Gute Trinkwasserzweckverjorgung. Beförderung des Verbrauchs von Milch, Obst und sonstigen gesunden Genussmitteln. — 7. Beschaffung öffentlicher Räume für Bildungs- und Versammlungszwecke. Einrichtung von Spielhallen, Volkshäusern, öffentlichen Turn- und Spielplätzen u. a. mit gleichem Verwendungsanspruch für alle Klassen und Parteien. — 8. Übernahme des Schankwirtschaftsbetriebes auf die Gemeinden. Bewirtschaftung der Betriebe in einer Weise, die jedes Interesse am Alkoholverbrauch ausschließt. Verwendung der Einnahmen aus dem Alkoholabzug zur Bekämpfung des

Alkoholismus. — 10. Recht der Bevölkerung beider Geschlechter durch Abstimmung im Reich, Staat, Provinz und Gemeinde über die Zulässigkeit der Erzeugung und des Verkehrs alkoholischer Getränke und Genussmittel zu entscheiden.

Den Schluß bildet die Verpflichtung der Mitglieder des Bundes zum Anschluß an die Arbeiterorganisation und der Aufruf an alle Arbeiter zum Studium der Alkoholfrage, aber auf dem Boden der Alkoholgenossenschaft lebenden Genossen zum Anschluß an den Arbeiter-Abstinenteubund, die einzige Organisation, die den Alkohol im Sinne der Arbeiterbewegung bekämpft.

Die gleiche Nummer des „Abstinente Arbeiter“ enthält einige weitere Vorschläge: so die Selbstzweckung alkoholischer Getränke durch die Gemeinden; die Besteuerung der natürlichen Mineralquellen; die Schaffung von Unterkunftsstätten und heizbaren Räumen für die dem öffentlichen Verkehr dienenden Personen u. a. Die Generalversammlung des Bundes, die zu Pfingsten in Hannover stattfindet, wird sich mit diesen Programmvorschlägen zu befassen haben. Sie beweisen jedenfalls, daß der Bund weit entfernt von trümmelnder Kränklichkeit ist, vielmehr auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung den Alkohol als ein Hindernis der Befreiungsarbeit des Proletariats bekämpft.

### Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht man alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 A.)

**Berlin.** Am 15. Mai starb unser Mitglied **August Rosenbaum** im Alter von 49 Jahren an Lungenschwindsucht. — Am 22. Mai starb unser langjähriges Mitglied **Karl Faacker** in Tegeel im Alter von 29 Jahren an Herzlappentocher. — Sektion der P. u. G. Am 17. Mai starb unser Ehrenmitglied **Julius Bahr** im Alter von 64 Jahren an Kehlkopfkrebs.  
**Bülow.** Am 15. Mai starb unser Verbandskollege **Heinrich Ruess** im Alter von 65 Jahren. — Am 17. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Peter Dopp** im Alter von 52 Jahren an Nierenleiden.  
**Danzig.** Am 19. Mai starb der Kollege **Oskar Nusowski** im Alter von 46 Jahren an den Folgen eines Sturzes vom Gerüst.  
**Dresden.** Am 15. Mai starb unser Verbandsmitglied **Karl Gehre** aus Jänsdorf im Alter von 61 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Frehhan.** Am 10. Mai starb unser Kollege **Adolf Franz** an Lungenerkrankung.  
**Goldberg i. Schl.** Der Kollege **Richard Langer** ist im Alter von 21 Jahren an Lungenschwindsucht gestorben.  
**Görlitz.** Am 20. März starb unser treuer Kollege **Julius Holze** im Alter von 57 Jahren an Herzkrankung.  
**Guben.** Am 11. Mai starb unser treuer Kollege **Theodor Buder** im Alter von 89 Jahren an Herz- und Nierenleiden.  
**Haberstadt.** Am 16. Mai starb nach langem Leiden unser treues Verbandsmitglied **Karl Schlüter** im Alter von 69 Jahren an Nierenverfallung.  
**Hannover.** Am 19. Mai starb unser Verbandskollege **Aug. Heine** im Alter von 53 Jahren an Herzschlag.  
**Hof a. d. E.** Am 17. Mai starb plötzlich unser treuer Verbandskollege **Franz Wächter** aus Gattendorf im Alter von 53 Jahren.

**Jena.** Am 10. Mai verschied nach kurzer Krankheit der Maurer **Gustav Dienert** im Alter von 61 Jahren an Herzschlag.  
**Karlruhe.** Am 21. Mai starb unser Kollege **Karl Fuchs** im Alter von 49 Jahren infolge eines Schlaganfalles.  
**Kemberg.** Am 15. Mai starb nach langem und schwerem Leiden, das er sich beim Militär zugezogen hatte, unser treuer Kollege **Ernst Köchel** im blühenden Alter von 22 Jahren an Lungentuberkulose.  
**Landshut.** Am 19. Mai starb unser Verbandsmitglied **Xaver Schwinghammer** im Alter von 41 Jahren durch einen Sturz vom Gerüst, bei dem er einen Bruch des Hüftgürtels und einen Schädelbruch erlitt.  
**Melle.** Am 16. Mai starb unser treuer Kollege und Mitbegründer unfres Zweigvereins **Heinrich Rüllmann** im Alter von 52 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Naumburg.** Am 18. Mai starb unser Verbandskollege **Edmund Kirbst** aus Heiligentreu im Alter von 47 Jahren.  
**Neudamm.** Am 18. Mai starb unser Verbandskollege **Hermann Braun** im 68. Lebensjahre an Gehirnschlag.  
**Obernburg i. Gr.** Am 15. Mai starb unser Verbandskollege **H. Wanschlar** im Alter von 60 Jahren an Leberunterleule.  
**Reichenbach i. B.** Am 17. Mai starb unser Kollege **Franz Hrotek** im Alter von 57 Jahren an Gehirnschlag.  
**Saalfeld a. d. E.** Am 18. Mai verschied unser treues Mitglied **Leopold Walther** im Alter von 57 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Wittenberge.** Am 13. Mai starb nach schwerem Leiden unser langjähriges treues Verbandsmitglied **Fritz Krüger** im Alter von 61 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

### Weisendorf.

Unser Zweigverein feiert **Samstag, den 13. Juni**, im Lokale des Herrn **Georg Hampes** sein

### Drittes Stiftungsfest

bestehend in **Konzert und Ball.** Sämtliche Kollegen und Freunde des Verbandes sind hiermit freundschaftlich eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

### Adressen-Veränderungen.

(V bedeutet Vorstands-, K Kassierer, L Verbandskassier, H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird angesehen bei.)  
**Nowawes.** K Friedrich Gobdon, Zubwigstr. 7.

### Verammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

**Dienstag, den 21. Juni.** Bitterfeld, Abends 7 Uhr im Restaurant „Hofengoltern“. Forst, bei C. Fenzler, Wäcker mitbringen!  
**Mittwoch, den 2. Juni.** Guben, Abends 7 Uhr bei Steins. Wichtige Tagesordnung.

### Donnerstag, den 3. Juni.

**Helde.** Abends 8 Uhr bei Witz, Off. Sehr wichtige Tagesordnung. Referent: Kollege Roder.  
**Freitag, den 4. Juni.**  
**Sommerfeld.** Abends 7 Uhr außerordentliche Versammlung.

### Sonnabend, den 5. Juni.

**Kronach.** Abends 7 1/2 Uhr im „Bayerischen Hof“. Mitgliedsbücher und Mitgliedsarten sind mitzubringen.  
**Lörrach.** Abends 8 Uhr im Lokale „Drei Könige“.

### Sonntag, den 6. Juni.

**Crossen.** Nachm. 2 Uhr bei Seiler.  
**Hemmoor.** Im Vereinslokal bei S. Gaale in Westerbode.  
**Schlada a. Harz.** Nachm. 2 Uhr in Göhes Saalbau. L.-D.: Die Antwort der Arbeiter.  
**Wittstock.** Nachm. 2 Uhr in der Herberge bei Carl Müller. Referent anwesend.

### Sticker und Steinhölzleger.

**Mittwoch, den 2. Juni.** Berlin, Steinhölzleger, Abends 8 1/2 Uhr Mitgliedsversammlung bei Freiheit, Dragonerstr. 15.  
**Zentralrentenkasse der Maurer usw.** Montag, den 31. Mai, 2. Pfingstfreitag.  
**Pretlin.** Nachm. 8 Uhr bei Grundmann in Bichtenburg.  
**Würzburg.** Samstag, die rückständigen Beiträge sind dann zu entrichten.